

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal, eingetragenen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne, je oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Menschenopfer und Unternehmergewinne.

ast. 7416 Tote und 84910 Verwundete auf dem Schlachtfeld der industriellen Armee — so lautet das amtliche Schlachtbulletin nach dem letzten Rechenschaftsbericht der Berufsvereinigungen über die Verwundenen und Toten, die in dem einen Jahr 1897 in unfallversicherungsrechtlichen Betrieben verunglückt sind. Rund 3 1/2 Millionen Arbeiter sind in Betrieben beschäftigt, die nicht der Unfallversicherungs-Pflicht unterliegen: die von socialdemokratischer Seite beantragte Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Leben und Gesundheit von Arbeitern gefährdenden Betriebe ist abgelehnt. Selbst die kleine Ausdehnung, die die Unfallversicherungs-Novelle nach dem im Jahre 1897 gefassten Beschlüsse der Reichstagskommission erfahren sollte, ist von der Regierung zurückgestellt, weil der Verband der Groß-Industriellen sich gegen die Unfall-Novelle in der von der Reichstags-Kommission beschlossenen Form erklärt hatte. Die Anzahl derjenigen Arbeiter, die in unfallversicherungsrechtlichen Betrieben verunglücken, aber vor Ablauf der 13. Woche gesund werden, beträgt 84 Proz. aller in solchen Betrieben Verunglückten, also mehr als das Fünffache derer, für die die Unfall-Versicherungsgesellschaften Renten zu zahlen haben.

Eine Statistik darüber, wieviel Arbeiter überhaupt auf dem Schlachtfelde der Arbeit in Deutschland in einem Jahre infolge der Ausübung ihres Berufs verunglücken, besteht nicht. Regt man die eingangs angeführten amtlichen Zahlen aus den Rechnungsergebnissen der Berufsvereinigungen zu Grunde und berücksichtigt man bei der Schätzung, daß rund 3 1/2 Millionen Arbeiter in Deutschland unversichert und daß 84 Proz. aller zur Anmeldung gelangenden Unfälle aus unfallversicherungsrechtlichen Betrieben in jenen Zahlen nicht mitenthalten sind, so dürfte die Zahl der durch Unglücksfälle im Betrieb in einem Jahre in Deutschland im tiefsten Frieden getöteten Arbeiter mit 9000, der Verwundeten mit 500 000 nicht zu hoch veranschlagt sein.

Im deutsch-französischen Kriege 1870/71 wurden auf deutscher Seite insgesamt 1871 Offiziere und 26 397 andere Soldaten getötet, 4184 Offiziere und 84 304 Mannschaften verwundet.

Grauenvolle Ziffern, die eine furchtbare Anklage gegen den Mangel an Rücksicht enthalten, die auf Arbeiterleben und Arbeitergesundheit von der herrschenden Klasse im Kampfe um den Profit genommen wird.

Aber geschieht denn nicht alles, zur Verminderung und Verringerung von Menschenopfern? Sind diese Ziffern nicht die notwendigen Folgen der Beschäftigungsarten? Mitnichten. Abgelehnt hat die Unternehmerklasse, abgelehnt hat die Mehrheit des Reichstages die von socialdemokratischer Seite gestellten Anträge, die Zahl der Unfälle dadurch zu vermindern, daß den Arbeitern das Recht eingeräumt wird, Unfallverhütungs-Vorschriften mit festzusetzen und die Ausführung der Unfallverhütungs-Vorschriften zu überwachen. Angenommen hat sie aber im Unfallversicherungs-Gesetz ausnahmsrechtliche Bestimmungen, deren Folge Vermehrung der Fahrlässigkeit der Unternehmer und Vermehrung der Unglücksfälle notwendig sein muß. Wir erwähnen nur einige dieser ausnahmsrechtlichen Bestimmungen.

§ 95 des Unfallversicherungs-Gesetzes entzieht dem Arbeiter und dessen Hinterbliebenen das Recht, den vollen Schadenersatz geltend zu machen, selbst gegenüber demjenigen Unternehmer, der den Tod des Arbeiters oder die Erwerbsunfähigkeit durch strafbare Fahrlässigkeit herbeigeführt hat. Ein Arbeiter, ein Arbeiter z. B., der durch Fahrlässigkeit einen Menschen getötet oder verwundet hat, muß voll den von ihm angerichteten Schaden, soweit dieser überhaupt durch Geld zu ersetzen ist, ersetzen. Ein Unternehmer, der den Tod der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter durch strafbare Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, haftet nach diesem § 95, selbst wenn er wegen der Fahrlässigkeit bestraft ist, den Hinterbliebenen mit keinem Pfennig. Das Ausnahmsrecht gegen die Arbeiter zeigt klar, daß der Arbeiter als ein Mensch zweiter Klasse erachtet wird, dessen Leben und Gesundheit nicht so schutzbedürftig ist wie das Geld des Unternehmers. Würde der Unternehmer für die Folgen seiner Fahrlässigkeit mit Geld einstehen müssen, so würde er ein größeres Interesse an der Verhütung von Unfällen haben. Die Befreiung des Unternehmers von Verpflichtungen, wie sie durch das allgemeine Gesetz jedem Bürger seinem Mitmenschen gegenüber auferlegt sind, muß notwendig die Vorbeugung von Unglücksfällen vermindern.

Die Unfallversicherungs-Gesetzgebung ist keine Versicherung der Arbeiter, sondern eine Versicherung der Arbeitgeber gegen die Lasten, welche ihnen durch Betriebsunfälle nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über Schadenersatz zufallen. Die Unternehmer der unfallversicherungsrechtlichen Betriebe bilden nach dem Gesetz in Form von Berufsvereinigungen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit. Den Berufsvereinigungen zahlen die einzelnen Betriebsinhaber Beiträge, deren Höhe sich nach der Anzahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter, nach der Höhe der Arbeitslöhne,

nach der Gefahrenklasse des Betriebs usw. richtet. Ob und wieviel der einzelne Unternehmer infolge dieser Zwangsversicherung spart, soll ununtersucht bleiben. Unsere Rechnung mag nur diejenigen Vorteile in Rücksicht ziehen, die dem Unternehmertum infolge der Unfallversicherungs-Gesetzgebung zufallen.

Dieser Vorteil wird durch die Art der Bemessung der sogenannten Unfallrenten gebildet. Mit Unrecht bezeichnet das Gesetz diese an die Verletzten oder deren Hinterbliebenen zu zahlenden Beträge als „Schadenersatz“. Die Unfallrente kann vielmehr nach den gesetzlichen Bestimmungen unter keinen Umständen auch nur entfernt so hoch sein, als ein Schadenersatz nach der allgemeinen Rechtsanschauung und nach den Rechtsregeln des bürgerlichen Gesetzbuches sein muß. Ein wirklicher Schadenersatz besteht in Ersatz des Verlustes und des infolge des Unfalls entzogenen Gewinnes, der auch nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann. Die höchste nach dem Unfallgesetz an den Arbeiter gezahlte „Rente“ beträgt aber nach dem Gesetz und der Rechtsprechung noch nicht zwei Drittel des wirklichen Schadenersatzes. Sie beträgt nämlich selbst bei voller Erwerbsunfähigkeit des Verletzten nach § 5 des Unfallgesetzes höchstens zwei Drittel des Jahres-Arbeitsverdienstes.

Dies ist nur ein Vorteil der Unternehmerklasse, durch den sie von der Gewährung einer vollen Entschädigung der Verletzten befreit werden. Der zweite Vorteil liegt für das Unternehmertum darin, daß die Unfallrente nicht vom Tage der Erwerbsunfähigkeit, sondern erst vom Ablauf der 13. Woche nach dem erlittenen Unfall ab gezahlt wird. Es spart also das Unternehmertum 13 Wochen lang die volle Entschädigung.

Der dritte Vorteil, den das Unternehmertum aus dem Unfallversicherungs-Gesetz im Gegensatz zu den Regeln des bürgerlichen Gesetzbuches zieht, erwächst aus den Bestimmungen über die Hinterbliebenen-Rente. Das tieferstrahlende Unglück der Witwen und Waisen fällt gleichfalls den Beutel des Unternehmertums. Die Witwe des verunglückten Arbeiters erhält nämlich nach § 5 des Unfallversicherungs-Gesetzes nicht, wie nach § 844 des bürgerlichen Gesetzbuches die Witwe eines durch Fahrlässigkeit eines anderen getöteten Unternehmers, vollen Schadenersatz, sondern 20 Proz. der Vollrente, das ist also im günstigsten Falle 2/3 des Schadenersatzes.

Als selbstverständlich ist hierbei angenommen, daß ohne das Unfallgesetz der Rechtsgrundsatz längst anerkannt wäre, daß jeder Großindustrielle für alle Unfälle zu haften hat, die in seinem Betriebe sich ereignen. Unberücksichtigt sind bei der Berechnung noch eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes geblieben, die fernere Millionen in den Schoß des Unternehmertums werfen. Wir erwähnen hieraus folgende: die Kinderrenten betragen nur 15 Proz. der Vollrente, und wenn der Verunglückte mehr als zwei Kinder hinterlassen hat, noch weniger. Die Kinderrente ist nicht bis zum vollendeten 18. bis 21. Jahre, wie die Pensionsgelder für Beamten- und Offizierskinder und die Schadenersatzrenten des bürgerlichen Rechts, sondern nur bis zum vollendeten 15. Jahre zu zahlen. Der Kreis der Hinterbliebenen ferner, an welche Rente zu zahlen ist, ist weit enger als der in §§ 844 und 845 des bürgerlichen Gesetzbuches gezogen. Die Rente des in einem Krankenhaus Untergebrachten fällt fort, die seiner Familie beträgt 1/10 bis 2/5 des Schadenersatzes. Ferner ist das Unternehmertum nach der Handhabung einiger Bestimmungen des Unfallgesetzes im Stande, dem Verletzten den Arzt seines Vertrauens zu entziehen, ihn Schikanierungen schlimmster Art auszuführen, ihn in Heilanstalten unterzubringen, auf die der Verletzte keinerlei Einfluß hat und die von Vielen als Quälanstalten erachtet werden. Endlich ist die ungeheuerliche Erscheinung, daß das Unternehmertum in Unfallsachen als Richter in eigener Sache mitentscheidet und einen von Jahr zu Jahr wachsenden Einfluß auf die Rechtsprechung ausübt, eine große Ungerechtigkeit. Das bereits Gesagte genügt, um klar zu beweisen, daß die Unfallgesetzgebung, so wie sie trotz allerseitigen Anerkenntnisses ihrer Reformbedürftigkeit besteht, nicht geeignet ist, gegen die Vermehrung der Unfälle energisch einzuwirken.

Ein außerordentlich erheblicher Teil aller Unfälle wäre ohne das einer Unfallverhütung entgegenstehende Geldinteresse des Unternehmertums zu verhüten. Die einzige amtliche Statistik, die etwas Licht auf die fahrlässige Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter zu werfen geeignet ist, beruht auf den naturgemäß parteiischen Angaben der Berufsvereinigungen selbst. Und dennoch ergibt selbst diese Statistik (sie ist in den „Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes“ am 15. Mai 1896 veröffentlicht), wie immens leichtfertig mit Leben und Gesundheit der Arbeiter in unfallversicherungsrechtlichen Betrieben umgegangen wird. Die betreffende Statistik hat sich auf 15 910 Unfälle erstreckt. Von diesen Unfällen sind selbst nach den Angaben der Berufsvereinigungen 1122 (7,03 Prozent) auf mangelhafte Betriebsbedingungen, 334 (2,09 Prozent) auf mangelhafte oder fehlende Anweisung, 1700 (also 10,64 Prozent) auf Fehlen von Schutzeinrichtungen, 38 Fälle (0,24 Prozent) auf ungenügende Kleidung der Arbeiter, 711 Fälle (4,45 Prozent) auf Fehlen von Schutzeinrichtungen und gleichzeitiger Unachtsamkeit der Arbeiter, also 24,45 Prozent, auf Schuld der Unternehmer zurückzuführen. Bei 6931 Fällen (43,40 Prozent) werden kurzweg „sonstige, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes

ruhende Ursachen“ als Ursachen der Unfälle angegeben. Mag man demnach nur 25 Proz. aller Unfälle auf Fahrlässigkeit der Arbeitgeber zurückführen, so würde die Prämie, die im Jahre 1897 das Unternehmertum für fahrlässiges Verhalten gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter infolge der Unfallgesetzgebung erhalten hat, noch immer eine sehr bedeutende sein.

Die Beseitigung dieses Zustandes würde offenbar zu einer erheblichen Verminderung der Unfälle führen. Deshalb wird diese Bevorzugung und Begünstigung der Unternehmerklasse nicht beseitigt? Erlaubt das der Verband der Industriellen nicht? Wem gilt deren Geneigtheit mehr als Rücksicht gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

Der Aufmarsch.

Die Konservativen haben nunmehr Stellung zur Kanalfrage genommen. Nach einer parteioffiziösen Mitteilung wurde in der Fraktionsversammlung Stellung gegen den Entwurf genommen, jedoch für die Abstimmung jeder Fraktionszwang ausgeschlossen.

Die Mehrheit wird gegen die Vorlage stimmen, nur gegen zehn Stimmen werden dafür abgegeben werden. Die Stimmung war dafür, jeder Verschleppung dieser Angelegenheit entgegenzutreten, namentlich aber die Absicht des Centrum, wenn sie noch besteht, das Gemeindefortschrittsgesetz alle parlamentarischen Stadien durchlaufen zu lassen und erst später die endgültige Entscheidung über die Kanalvorlage herbeizuführen, zu durchkreuzen.

Gleichzeitig erklärt die „Kreuz-Zeitung“ noch einmal, daß im vorliegenden Falle die Konservativen leider nicht in der Lage sind, die Verantwortung für den Bau des Mittellandkanals und die daraus für große Erwerbskreise unseres Vaterlandes entspringenden und auch regierungsseitig ausdrücklich anerkannten Gefahren zu übernehmen.

Diese Haltung entspricht dem, was wir über die Situation nach den kaiserlichen Kanalreden, gegenüber den liberalen Byzantinern, dargelegt haben. Von Wichtigkeit ist, daß die konservative Partei entschlossen ist, die Gemeindefortschritt-Reform jetzt nicht Gesetz werden zu lassen. Damit aber wird die „Vorbedingung“ vereitelt, von der das Centrum seine Zustimmung zu dem Kanal abhängig gemacht hat. Diese Partei sieht sich also jetzt in die Lage versetzt, ohne Rücksicht auf eine zu erwartende Gegenleistung sich zu entscheiden. Nach den in den Centurmbülletten wiederholt und mit aller Bestimmtheit abgegebenen Versicherungen, ohne Kommunal-Wahlreform sei man für den Kanal nicht zu haben, müßte das Centrum mit nein stimmen. Inzwischen haben die Ultramontanen einigen Anlaß, sich ihren besetzten guten Ruf lokaler Regierungsfähigkeit zu puhen, und deshalb ist es nicht unmöglich, daß sie auf die „Vorbedingung“ verzichten und zum größeren Teil für den Entwurf eintreten.

Die Fraktion der nationalliberalen Partei wies in ihrer Sitzung am Dienstag der „Nat.-Ztg.“ zufolge einmütig und mit größter Entschiedenheit jede Verquickung der Mittelland-Kanal-Vorlage mit der Kommunal-Wahlreform zurück; beide Vorlagen seien durchaus getrennt und ausschließlich sachlich zu behandeln.

Damit bleibt das schließliche Schicksal der Kanalvorlage im dunklen.

Kaiser, Centrum und Zuchtbandvorlage.

Unter den Vermutungen über die Gründe der ersten plötzlichen Abgabe der Kaiserreise nach Dortmund verdient die Ansicht Beachtung, es sei den Kanalgegnern gelungen, den Kaiser davon zu überzeugen, daß es unratam sei, den Entwurf aus den Händen desjenigen Centrum anzunehmen, das sich soeben durch den „bayerischen Kuhhandel“ als umsturzverdächtig erwiesen habe.

Diese Vermutung erfährt eine Art Bekräftigung durch die folgende Meldung der „Dortmunder Zeitung“, die diese von beteiligter Seite, also wohl von dem nationalliberalen Stumm, dem Abgeordneten Hilb empfangen haben will. Hilb wurde nämlich bei der Anwesenheit des Kaisers in Dortmund dem Monarchen vorgestellt. Ueber das dabei geführte Gespräch berichtet das genannte Blatt:

„Der Kaiser habe bemerkt, als er hörte, daß Hilb mit Hilfe des Centrum den Socialdemokraten geschloßen, daß in der Bekämpfung der Socialdemokraten alle Parteien einig sein müßten; er könne es deshalb nicht begreifen, wie neuerdings das Centrum sich mit den Socialdemokraten habe verbünden können. Bei einem Gespräche über die Zuchtbandvorlage soll der Kaiser geäußert haben, im Herbst müße das Centrum erneut Farbe bekennen. Zum Schluß der Unterredung konnte der Abgeordnete Hilb dem Kaiser noch bemerken, daß bei weitem nicht alle diejenigen Leute, die in Dortmund socialdemokratisch wählen, auch im Herzen Socialdemokraten seien, sondern daß die große Mehrheit der Bevölkerung durchaus loyal und königstreu sei.“

Herr Hilb scheint die Konsequenz seiner letzten Äußerung nicht beachtet zu haben. Wenn schon die socialdemokratischen Wähler zum Teil königstreu sein sollen, um wie viel mehr müßte man davon absehen, nicht nur diese, sondern die noch

erdnigungspartheilichen Wähler in der Arbeiterschaft durch die Sachhausvorlage zu strammem Socialdemokraten zu machen. Das das Centrum Farbe bekennen möchte, dürfte der allgemeine Wunsch sein. Aber so etwas geht wider die Natur und Möglichkeit der Ultramontanen. Schwarz ist ja auch eigentlich die Farbe jeder Farbe.

Deutsches Reich.

Das badische Revolutionsdenkmal. Wie aus Offenburger telegraphisch wird, ist die Aufstellung des Kaiserlichen Denkmals nunmehr doch genehmigt worden. — Das liberale Ministerium hat, trotz des Berliner Windes, wohl eingesehen, daß es sich angesichts der bevorstehenden Wahlen um seine eigene Existenz handle.

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Erziehung der Handwerkerkammer sowie die hier anschließenden Beschlüsse über die Führung des Meistertitels und die Lehrlingsverhältnisse im Handwerk, dürfen mit dem 1. April 1900 in Kraft treten. Bis dahin glaubt man die nötigen Vorarbeiten für das Inlebenrufen dieser Organisationen erledigt zu haben. Es wird damit der letzte Abschnitt über die Organisation des Handwerks Gesetzkraft erhalten.

Wieder sind drei Streikländer in Herne zu schweren Strafen verurteilt worden. Der Bergmann Bombach aus Herne soll arbeitende damit bedroht haben, daß er ihnen die Knochen kneten schlagen werde. Der Bergmann Stanislaus Gracuhl hat auf Arbeitende mit Steinen geworfen und dem Bergmann Karl Scheibe wird als Bedrohung angerechnet, daß er Arbeitende zurief: „Kommt mir nicht zu nahe, sonst bekommt Ihr welche drum!“ Das Urteil lautet gegen B. auf 10 Monate, G. 9 Monate und S. 3 Monate Gefängnis. Die Verurteilung des S. scheint uns am allerwenigsten gerechtfertigt, da in seiner Aussage gar keine rechtswidrige Drohung liegt. Beweisen nun diese hohen Strafen die Notwendigkeit der Sachhausvorlage?

Belohnte Schneidigkeit. Die Stadtväter von Augsburg haben den Schulleuten und Soldaten, die bei der Unterdrückung der Unruhen aus Anlaß des Mauerstreiks thätig waren, eine Remuneration bewilligt. Die Schulleute bekommen per Abend 8 M. und für erhaltene Verletzungen noch eine Extrabergütung von 4—87 M. Die Soldaten (etwa 800 Mann) zusammen 1500 M. Zu dieser Extrabergütung tragen natürlich die auseinander getriebenen Kummulanten durch ihre Steuern auch bei. Das wird sehr viel zur Harmonie zwischen den dortigen Arbeitern und Unternehmern beitragen.

Auch die Städte Herne und Bannau gewährten den Polizisten, die während der Streikunruhen so schneidig auftraten, Remunerationen aus öffentlichen Mitteln; gleichfalls zur Förderung der Harmonie.

Socialdemokraten dürfen nicht Schulvorsteher sein. Der Genosse Häbner in Celle hatte Anfang Juni sein Amt als Schulvorsteher niedergelegt. Sein Ersatzmann, Schneider Risselhorn, ist gleichfalls Parteigenosse.

Auf Anfrage bei der königlichen Regierung, ob nun dieser in den Schulvorstand eintreten könne, ist erwidert worden, daß von der Einführung des abzuweisen sei, weil nach dem Ministerialerlasse vom 29. August und 19. Oktober 1898 Socialdemokraten als Mitglieder des Schulvorstandes ferner nicht zugelassen werden können. Er will sich bei dem Bescheide nicht bequemen. In der Provinz Hannover gelte das Gesetz vom Oktober 1848, und nach diesem sind nur die Personen als Schulvorsteher unmöglich, welche einen schlechten Lebenswandel führen.

Man wird dem Genossen R. schon beweisen, daß die Wechseltätigkeit socialdemokratischer Bestimmung eben schlechter Lebenswandel ist.

Soldatenstreik. Man schreibt uns aus Marienwerder: In der Erntezeit kommen die Agrarier mit ihren eigenen Arbeitskräften, wie die Arbeiterverhältnisse in Ostelbien nun einmal liegen, nicht im entferntesten aus, ja selbst Russen können sie nicht in genügender Zahl aufkreiden, so daß sie von den Militärverwaltungen Hilfe erbeten und dieselbe auch dadurch erhalten, daß eine große Zahl Soldaten zu den Ernte-Arbeiten beurlaubt werden. Die Soldaten sind keine gar zu billigen Arbeitskräfte, da sie in den Kasernen schon gelernt haben in Bezug auf die Verpflegung höhere Ansprüche zu stellen, als die Agrarier ihren Arbeitern für gewöhnlich zugestehen. Doch ist die Verwendung von Soldaten für die Besitzer in sofern praktisch und schließlich auch profitabel, weil sie nur für Tage, bis die Ernte herangebracht ist, beschäftigt werden.

Indessen auch die Soldaten treiben sich die Agrarier, ebenso wie die heimischen Arbeiter, durch gar zu schlechte Behandlung von ihrem Felde weg, wie folgender Fall beweist.

Der Besitzer von dem Gute Gorken verlangte 20 Soldaten, es meldeten sich aber nur 9 Artilleristen. Und auch diese arbeiteten nur eine Woche, dann streikten sie. Als sich der Inspektor in der Kasernen erkundigte, weshalb die Soldaten nicht mehr zur Arbeit kämen, erhielt er zur Antwort: Die Leute wollten nicht mehr auf Gorken arbeiten, weil man sie dort mit stinkigem Fleisch gepflegt habe; wenn sie schwer arbeiten sollten, machten sie auch Anspruch auf ausländisches Essen.

Da werden Chinesen wohl schließlich die einzige Rettung sein.

Ostpreussische Wahl-Vorbereitungen. Aus Königsberg i. O. wird uns geschrieben:

Auch die Konserverativen halten es nicht für ausgeschlossen, ja sogar für ziemlich wahrscheinlich, daß die Wahl des Grafen Dönhoff-Friedrich, der im Kreise Königsberg-Land in die Stichwahl gegen den Socialdemokraten gewählt wurde, vom Reichstage für ungültig erklärt wird. Sie rüsten bereits und weisen ihre Vertrauensleute im Kreise Fischhausen in einem Circular, welches sie an diese Verschiedt haben, auf die Eventualität einer Neuwahl dringend hin.

In dem vom 9. Juli datierten Circular heißt es:

„Der Kreis Fischhausen gehört noch immer zu denjenigen Teilen der Provinz Ostpreußen, in welchen der „Freund“, Volksfreund“ (das konservative Landarbeiterblatt, D. A.), das Organ zur Bekämpfung der Socialdemokratie unter der Landbevölkerung am wenigsten verbreitet ist. Desto mehr der socialdemokratische Landbote. D. A. (D. A.) Es ist dies um so bedauerlicher, als unser Kreis in aller nächster Zeit wieder den Ansturm der Socialdemokratie befechten muß, nachdem die von der Reichstagskommission für gültig erklärte Wahl des Grafen Dönhoff vom Reichstage nochmals zur Beratung an die Kommission zurückverwiesen worden ist.“

Also die Herren sehen selbst ein, daß die vorgekommenen Wahlbeeinflussungen derart sind, daß die Ausräumung der Wahl sehr wohl erfolgen kann, und zwar schon in aller nächster Zeit, wie sie in ihrem Circular hervorheben. Es wird deshalb bereits jetzt der ganze konservative Agitationsapparat, mit Einschluß des behördlichen natürlich, der in dieser Partei ja die Hauptrolle spielt, in Bewegung gesetzt, um den bösen Social entgegenzutreten.

Da heißt es z. B. am Schluß des Circulars:

„Die Herren Vertrauensmänner der konservativen Kreisabteilung werden deshalb zunächst dringend gebeten, ihren ganzen Einfluß, besonders auch in den Gemeinden, dahin geltend zu machen, daß dem „Freund“ und „Landbote“ beim Beginn des neuen Quartals zahlreiche Abonnenten zugeführt werden.“

Dieses Circular ist natürlich auch an zahlreiche Amts- und Gemeindevorsteher gelangt, von denen man also verlangt, daß sie ihren ganzen Einfluß, also auch ihren amtlichen, der nicht am geringsten zu vernachlässigen ist, ausüben sollen, um dem „Volksfreund“ Abonnenten zuzuführen. Man sagt wohl kaum zu viel, wenn man diese Ausübung des ganzen, also auch des amtlichen Einflusses der konservativen Vertrauensmänner zur Verbreitung eines konservativen Blattes als Mißbrauch des amtlichen Einflusses bezeichnet.

Seitens vom indirekten Wahlsystem.

Aus Baden wird uns geschrieben: Zu welchem heiteren Konsequenzen dieser herrlichen indirekten Landtags-Wahlsystem unter Umständen führen kann, dafür ist folgendes ein neues Beispiel! Der Wahlbezirk Offenburger Stadt war seit einer Reihe von Jahren im Landtag durch den Führer der badischen Freisinn-Demokratie, Rechtsanwalt Ruffler, vertreten gewesen. Bei den Neuwahlen des Oktober 1897 erklärte Herr Ruffler jedoch, aus Gründen gesundheitlicher und geschäftlicher Natur eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu können. An seiner Stelle empfahl er die Kandidatur des Professors Heimbürger aus Karlsruhe, der bereits früher als Mitglied der demokratisch-freisinnigen Gruppe dem Landtag angehört, infolge einer Wahlungültigkeits-Erklärung aber sein Mandat verloren hatte. Die demokratische Parteileitung in Offenburg war sich nun wohl bewußt, daß sie mit der Kandidatur des Karlsruher Professors an Stelle desjenigen von Ruffler, der in Offenburg selbst ansässig ist und sich als Mitglied des Bürgerausschusses an die städtische Verwaltung mannigfache Verdienste erworben hat, im Wahlkampf in erhebliche Nachteile geraten würde, umso mehr als die socialdemokratische Partei in der Person Adolf Gese dem demokratischen Bewerber aus Karlsruhe eine Persönlichkeit gegenübergestellt hatte, die aus denselben Gründen, wie es bei Ruffler der Fall, sich in der Stadt großer persönlicher Beliebtheit erfreut.

Im nun diese Ungleichheit der Wahlchancen auszugleichen und das von den Socialisten stark bedrohte Mandat der Freisinn-Demokratie zu retten, schickte sich Herr Ruffler in seinen Wahlreden, die er zu Gunsten seines Parteigenossen Heimbürger hielt, als den eigentlichen Kandidaten, Herrn Heimbürger aber als seinen einflussreichsten Substituten ein, der, sobald es Herrn Ruffler möglich werde, seine parlamentarische Thätigkeit wieder aufnehmen, zu dessen Gunsten von seinem Mandat zurückzutreten bereit sei. Und zwar sollte Herr Heimbürger bei dem im Herbst 1899 stattfindenden Erneuerungswahlen in dem früher von ihm vertretenen Wahlkreise Fahr-Land wiederum sein Glück versuchen, um, falls er dort gewählt werde, sein unterdessen für die Freisinn-Demokratie höchstschwerem gehaltenes Offenburger Mandat niederzulegen und seinem Parteigenossen Ruffler dort Platz zu machen. In der That war das Offenburger Wahllokal der Freisinn-Demokratie nochmals günstig: sie eroberte 30 von den 48 Wahlmännern des Bezirkes, während auf die Socialdemokratie, allerdings mit einem Minus von nur zwei Urwählerstimmen, deren 18 entfielen, Heimbürger war also gewählt und vertrat als eine Art delegatus eventualis seit Herbst 1897 die alte Reichsstadt Offenburg im Karlsruher Reichstag.

Nun, da die Erneuerungswahlen vor der Thür stehen (der badische Landtag wird bekanntlich alle 2 Jahre zur Hälfte erneuert, die 1897 erneuerten Mandate, worunter auch das Offenburger, bleiben also bis 1901 in Kraft), hatte die freisinnig-demokratische Parteileitung von Offenburg das der Wählerchaft gegebene Versprechen bezüglich des Wiedertritts von Ruffler in sein früheres Mandat zu erfüllen. Professor Heimbürger konnte sich jedoch nicht wohl als Vertreter der Stadt Offenburg, also bereits im Besitze eines bis zum Jahre 1901 gültigen Mandates, um seinen diesmal zur Wahl stehenden früheren Landtagslokal Fahr-Land begeben, mühte also wohl oder übel schon vor der dortigen Wahl sein Offenburger Mandat niederlegen. Dies ist nun, wie wir einer Mitteilung der „Straßburger Post“ entnehmen, am Mittwoch letztendlich auch geschehen. Die freisinnig-demokratische Mehrheit des Offenburger Wahlmännerkollegiums, das nach den Bestimmungen unseres Wahlsystems bis zum Ablauf der vierjährigen Wahlperiode, mithin bis 1901 im Amte bleibt, wird also, unbekümmert um die Stimmung und den Willen der Urwählerchaft, das von ihr zu vergebende Landtags-Mandat wieder auf Herrn Ruffler übertragen, indeß Herr Heimbürger das fähne Dragis unternimmt, in seinem heimatlichen Wahlbezirk Fahr-Land in heißen Streuß gegen die nationalliberal-konservative Koalition sich seine parlamentarische Würde erneuern zu lassen. Gelingt es ihm nicht, dort die Mehrheit der Wahlmänner auf seine Seite zu bekommen, so hindert ihn nichts daran, bei der Abgeordnetenwahl im Einverständnis mit seinem Parteifreunde Ruffler gleichzeitig auch in Offenburg sich wieder zur sicheren Wahl zu stellen.

So ward das von den badischen Nationalliberalen so heiß geliebte indirekte Wahlsystem dazu ausbehalten, der bestreuten Freisinn-Demokratie das Offenburger Mandat in schweren Prellkämpfen zu retten und dem Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition nach einer für seinen Gesundheitszustand hoffentlich von günstigem Erfolg begleiteten Stubenpause die Rückkehr zur parlamentarischen Thätigkeit auf die denkbar bequemste Art zu ermöglichen.

Aus Furcht vor der Socialdemokratie.

Den Litauern Ostpreußens ist, so wird uns aus Königsberg geschrieben, von der preussischen Regierung in letzter Zeit bemerkenswertes Gegenkommen gezeigt worden. Lange geäußerte Wünsche in Bezug auf den Gebrauch der litauischen Sprache in Kirche und Schule sind erfüllt worden. Bemerkenswert ist das deshalb besonders, weil gegenwärtig gegen das Dänentum in Silesien ein rassistischer Kampf geführt wird und weil nicht die geringsten Ansichten dafür vorhanden sind, daß den berechtigten Wünschen der polnischen Bevölkerung wenigstens etwas entgegengekommen würde.

Bei den Wünschen der Litauer in Bezug auf Respektierung ihrer Nationalität hätte die Regierung mit einer gewissen Verzagtheit sagen können, daß es unmöglich sei, darauf viel einzugehen, weil die Thatfachen beweisen, daß das Litauertum schnell im Abnehmen begriffen ist.

Ein großer Volksstamm, der eine nationale Blüthezeit, der eine bemerkenswerte Geschichte hatte, sind die Litauer nie gewesen. Dem ostpreussischen Litauer ist aber noch niemals der Gedanke gekommen, daß es möglich oder zu erstreben sei, ein litauisches Staatsgebilde zu schaffen. Unter solchen Umständen mußte die Germanisierung nach und nach ohne großen Widerstand fortschreiten. Die jetzt in Ostpreußen geschaffenen besseren Verkehrswege, welche den litauischen Bauer aus seiner Abgeschlossenheit herausführen, ihn mit der weiteren deutschen Nachbarchaft und mit der Stadt in öftere Verbindung bringen, ferner nicht zum geringen Teil die Verschönerung der stramm litauischen Recruten in die Garde-Regimenter, beschleunigen den Germanisierungsprozeß außerordentlich. Wie die amtlichen Erhebungen ergeben haben, nimmt die Zahl der litauisch sprechenden Kinder in den Schulen schnell ab.

Trotzdem hat sich nun die Regierung bereit finden lassen, Verordnungen zu erlassen, welche geeignet sind, die weitere Germanisierung Litauens erheblich aufzuhalten.

Die konservativen „Elbinger Zeitung“ hat kürzlich ausgeplaudert, weshalb die Litauer so wesentlich anders behandelt werden als Dänen und Polen. Das Blatt befragt jetzt nur, was der „Vorwärts“ im vorigen Jahre kurz vor den Wahlen sagte, als der Kultusminister Bosse in Litauen war, um persönlich die Wünsche der Litauer anzuhören. Damals sagten wir, daß der Minister nur in Ostpreußen sei, um auf seine Art Wahl-agitation zu betreiben. Die „Elbinger Zeitung“, die sich nicht selten als gut unterrichtet gezeigt hat, teilt nun ebenfalls mit, daß das Entgegenkommen des Herrn Bosse auf rein politische Gründe zurückzuführen ist. Das Blatt schreibt:

„Bei den sozialen Bewegungen, die mächtig durch unsern Staat gehen, und bei der kritischen Lage, in der sich unsere Landwirtschaft befindet, muß uns daran gelegen sein, gerade im Osten ein anspruchloses, gottesfürchtiges und konservatives Bauerntum zu erhalten, ganz gleich, ob es deutsch oder litauisch ist. Und gerade diese alte, fernige Volkstypen der Litauer läuft Gefahr, durch ein zu schnelles Germanisieren unterzugehen.“

Diese Ausführungen sind lösslich. Dieselben Leute, die sonst nicht genug in Deutschland und Germanisierungsbestrebungen machen können, die jede Spur von Nationalgefühl bei Polen und Dänen mit Stumpf und Stiel ausrotten möchten, haben gegen das Litauertum und die Konserverung desselben nichts einzuwenden, wenn die Litauer nur „anspruchlos“ und „konservativ“ bleiben.

Polen und Dänen brauchen also wohl nur dieselben Eigenschaften nachzuweisen und sie könnten darauf rechnen, weniger eifrig drangaliert zu werden.

Den Litauern sind in erster Linie aus Furcht vor der Socialdemokratie Ingeändnisse gemacht worden. Schon hat die Socialdemokratie in Litauen seinen Fuß gefaßt.

Das Elbinger konservative Blatt sagt:

„Der Litauer ist von Haus aus nicht nur konigstreu, sondern auch als Bauer konservativ; er war halt darauf, Wolke als seinen Vertreter in den Reichstag entsenden zu können. Leider lassen sich aber in neuerer Zeit auch in den überwiegend litauischen ländlichen Bezirken die Fortschritte der Socialdemokratie nicht verkennen. Doch in Remel-Stadt der Socialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl fast so viel Stimmen bekam, wie seine drei Gegenkandidaten zusammen, ist ja vielleicht nicht verwunderlich. Wenn sich aber im Landkreise Remel in vielen Dörfern das gleiche Stimmenverhältnis zeigte, ja wenn gerade in den nördlichen Dörfern im Remel auf den Socialdemokraten eine größere Stimmenzahl fiel als auf den Deutschkonservativen, den Litauischkonservativen und den Freisinnigen zusammen, so giebt das doch zu denken. Je schneller der Litauer germanisiert wird, desto leichter fällt er diesem dem Wirrwirr nach natürlichem deutschen Socialdemokratismus oder anderen politischen unklaren Erachtungen ins Netz. Was ihn davor bewahren kann, ist allein sein Volkstum.“

Wir haben hier eine echt national-konservative Aeußerung vor uns. Weg mit allen Germanisierungsbestrebungen heißt es, Mag der Litauer ruhig Litauer bleiben, wenn er nur kein Socialdemokrat wird. Wird es von Polen und Dänen auch noch einmal so heißen? —

Dritter Zionisten-Kongress.

Aus Basel, den 14. August wird uns berichtet:

Zu dem dritten Zionisten-Kongress sind gegen 800 Delegierte von Zionisten-Vereinen aus fast allen Teilen der Welt eingetroffen. Am zahlreichsten ist Rußland und Rumänien vertreten. Auch aus England sind viele Delegierte anwesend. Sehr viele Delegierte haben ihre Frauen und Töchter mitgebracht. Die Verhandlungen finden in einem hochgelegenen Saale des Stadtkasinos statt. Dieses hat zwei schöne blau-weiße Fahnen, angeblich die Nationalflagge der Juden vor Herberung des Salomonischen Tempels, aufgehängt.

In der Mitte der Fahnen erheben sich auf weißem Felde die goldgestickten Silbe des Königs David. Selbst die Kongreßdiener tragen mit dem goldenen Schilde Davids geknüpfte blauweiße Kleider um den Arm. Sonntag fand eine mehrtägige Sitzung des Aktionskomitees statt, in der Redacteur Dr. Herzl (Wien) den Vorsitz führte. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse wird stillschweigend beobachtet.

Montagsvormittag fand in einem der Nebensäle eine Sitzung der weiblichen Delegierten statt. Die Verhandlungen wurden in deutscher und französischer Sprache geführt. Frau Professor Dr. Gottlieb betonte, daß eigentlich jeder Jude Zionist sein müsse. Der Zionismus sei eine sociale Bewegung. Die Juden dürfen sich nicht länger ihrer Religion und Abstammung wegen von den anderen Völkern unterdrücken lassen.

Frau Dr. Cahana (Wien) pflichtete der Vorrednerin bei und tadelte es, daß in Wien die jüdischen Frauen der vornehmen Welt, weil es ihnen gut gehe, sich nicht um ihre unterdrückten Glaubensgenossen in Galizien, Rußland und Rumänien kümmern. Im übrigen habe der Zionismus mit der Politik absolut nichts zu thun, es sei eine reine humanitäre Bewegung.

Fräulein Zina (Rijakow, Rußland) meinte dagegen: Die Zionisten-Bewegung sei eine eminent politische Bewegung. Es sei eine proletarische Bewegung. Die Juden seien seit zweitausend Jahren die Proletariat, die von den anderen Völkern zumest wie Sklaven behandelt werden. Die Juden wollen diese Sklavensetzen endlich zerbrechen, sie wollen Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. In dieser Beziehung begegnen sich also die Bestrebungen der Zionisten mit denen des Proletariats überhaupt.

Diese Auffassung wurde ganz besonders von Frau Professor Dr. Gottlieb bekämpft. —

Ausland.

Eine Spionage-Affaire.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ werden über die Veranlassung zur Verhaftung des Ober-Residenten im Eisenbahn-Ministerium, Rosetig, folgende nähere Einzelheiten mitgeteilt:

Im Juli dieses Jahres brachte die österreichische Regierung in Erfahrung, daß der französische Regierung ein Mobilisierungs-Plan zum Kaufe angetragen worden war; die vorsichtigen Erhebungen führten zu dem Verdacht gegen den Ober-Residenten im Eisenbahn-Ministerium Rosetig. Im Februar sei dem Eisenbahn-Ministerium ein ganz neuer Mobilisierungsplan übergeben worden, der einen Transporttransport mittels der Stadtbahn in Ostrecht 309. Rosetig lebte trotz des Gehaltes von 2800 Gulden mit seiner Familie in den gedrücktsten Verhältnissen und hatte Schulden. Auch besah man ein Schriftstück, das ihn compromittieren konnte. Als ihm alle Verdachtsgründe vorgehalten wurden, gestand er sofort seine ganze Schuld. Im Februar, wenige Tage, nachdem der Mobilisierungsplan im Ministerium eingetroffen war, hatte ihn ein pensionierter Staatsbahn-Beamter von Pryborowski 200 Gulden für die Abschrift des Plans angeboten. Rosetig stahl den Plan, fertigte eine Abschrift an und übergab sie Pryborowski, der Tags darauf verschwand und ihm den Sündenlohn bis heute schuldig blieb. Pryborowski hatte sechs Monate Zeit, den Plan zu verwerten. Die Regierung eruchte, er sei bis Juni in Berlin gewesen, wo ihn er seine Pension bezog. Seither ist er in Köln gewesen. Jetzt ist sein Aufenthalt unbekannt. Der ehemalige Generalstabs-Offizier Pryborowski wurde nur verhaftet, weil er in der kritischen Zeit intimen Umgang mit Pryborowski gepflogen hatte. —

Zur Transvaalfrage.

In der Transvaalfrage ist, allem Anschein nach, eine Wendung eingetreten. Die letzten vorliegenden telegraphischen Meldungen lauten wieder friedlicher, und eine Verständigung zwischen England und Transvaal erscheint nicht mehr als ausgeschlossen. So berichtet z. B. das „Wolffsche Bureau“ aus London, daß Londoner Blätter aus Johannesburg, folgendes Telegramm veröffentlichten: Mit Zustimmung des Aufsichtenden Rates hat Präsident Kruger der englischen Regierung antwort mitgeteilt, daß er bereit sei, auf den Vorschlag einer gemeinsamen Prüfung des neuen Wahlgesetzes einzugehen, vorausgesetzt, daß die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik dadurch nicht angetastet werde.

Denn Paul hat also — vorausgesetzt, daß sich die Wendung bestätigt — nachgegeben. Wie es heißt, soll dieser Entschluß auf Einwirkungen aus Bloemfontein zurückzuführen sein. Die Regierung des Oranjestraates hätte zur Annahme des englischen Vorschlages auf Einlegung einer gemeinschaftlichen Prüfungskommission geraten. Vorläufig wird übrigens noch auf beiden Seiten mit allen Kräften gekämpft. In London wird für die Kap-Infanterie geordnet. Die Lösung ist ziemlich hoch. Der Staatssekretär Transvaals, Reig, soll nach einem Telegramm der „Daily Mail“ gestern in einem offenen Meeting in Johannesburg erklärt haben, daß wenn nicht in Kapstadt das Vöndmüthertum Schreiner das Rad in der Hand gehabt hätte, Südafrika längst im Blut gebadet wäre.

Nach einer späteren Meldung des „Wolffsche Bureau“ ist bisher in Kapstadt noch keine Antwort der Transvaal-Regierung eingetroffen, eine Mitteilung, die jedoch nicht ausschließt, daß man in Pretoria zum Einleuten geneigt ist. Gewisses wird erst die offizielle Erklärung bringen. Vorläufig müssen noch alle Meldungen mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden. —

Rußland.

Schamlose Ausbeutung russischer Arbeiter. Mit welcher überlegen Fürsorge die russische Regierung für ihre kummern den Landleute besorgt ist, dafür giebt folgender Vorfall ein Beispiel.

Bei dem Bau der Moskauer-Bandener Bahn sollte kürzlich die Regierung mehrere hundert Bauern aus dem Gouvernement Pskow angestellt, die auf die eubenden Bedingungen — man bot ihnen bei freier Eisenbahnarbeit einen Monatslohn von 16 Rubel — ca. 34 Mark — um der Hungersnot in ihrem Dorfe zu entgehen, bereitwillig eingegangen waren. Ein formeller schriftlicher Kontrakt wurde nicht angefertigt, hingegen den Leuten die unentbehrlichen polizeilichen Pässe abgefordert. Als die Zeit der Bauarbeiten nahte, kündigten die Bauern, dem unbilligsten Vereinbarung gemäß, zwei Wochen vor Sankt Peter. Sie hatten bisher unter beständigen Verzögerungen für zweimonatliche Arbeit noch keinen Lohn erhalten. Man erklärte die Bahnverwaltung, daß sie bis zum 1. Oktober einfach bleiben müßten, widrigenfalls sie keinen Pfennig Lohn erhalten würden. Als die schließlich wovontenden Bauern den Beamten unter Händereiben auf den Knien bestärkten, sie zu entlassen, da ihre Heu-Beistellung sonst verdorren würde und ihre Familien nach dem Hungers sterben, führte die Behörde ein „menschliches Erbarmen“ und erklärte ihnen, daß sie, falls sie noch weitere acht Tage, bis zum Schluß des Baues der Teilstrecke, bleiben wollten, ihnen der Lohn ausbezahlt werden solle. Nach Ablauf der unerschmäglich ausbedingenen acht Tage wurde nur dem kleineren Teil der Landleute ungefähr die Hälfte ihres Lohnes ausgezahlt, den übrigen wurde die freie Nachahrt anheimgestellt mit der Zusicherung, das Geld würde ihnen im Dorfe zugestellt werden. Bisher ist die Auszahlung jedoch nicht erfolgt. Ohne einen Groschen lehrten die Leute zu ihren halbverhungerten Frauen und Kindern zurück.

Bulgarien.

Resultat der Departementwahlen. Wie unter den bestehenden Verhältnissen nicht anders zu erwarten war, sind die am Sonntag stattgefundenen Wahlen der Departementräte überall zu Gunsten der Regierungspartei ausgefallen. Aufstrebungen sind nicht vorgekommen.

Die Bulgaren in Mazedonien. Nach einer Meldung der „Internationalen Korrespondenz“ aus Saloniki sind nunmehr unaufrichtiger Nachweise dafür erbracht, daß die Anstifter und Thäter bei der Ermordung des bulgarischen Schuldirektors Kramow in Serres Bulgaren waren, welche die That begangen haben, weil Kramow verdächtigt worden war, er wolle von der bulgarischen Partei zur serbischen übergehen. Dergleichen steht fest, daß der am 4. August in Saloniki ermordete Schriftenschriftsteller ebenfalls von Bulgaren getötet wurde, weil man ihn als einen Verräter an ihrer Sache ansah. — Des Weiteren wird gemeldet, daß die Bulgaren in Kumanowo, welche an die dortige serbische Gemeinde für Ueberlassung der Kirche 710 türkische Pfund bezahlten sollen und dieses Geld weder von dem bulgarischen Exarchat in Konstantinopel, noch von der bulgarischen Regierung erhalten konnten, sich an den Papst mit der Bitte um Gewährung eines entsprechenden Darlehens gewandt haben. Sie versprachen dafür den Papst als Beschützer ihrer Kirche anerkennen zu wollen.

Serbien.

Warum das Attentat gegen Milan verübt wurde, hat sein Sohn Alexander entdeckt. Im „Antislav“ veröffentlicht er ein durch seine Ratiocität erhebend wirkendes Schreiben an den Ministerpräsidenten, welches besagt, die seit 1897 in der Verwaltung erzielten Erfolge seien die Ursache der Unzufriedenheit der Feinde Serbiens, die ihren Haß in dem gegen Milan verübten Attentat ausgedrückt hätten. Serbien habe bewiesen, daß es als unabhängiger Staat bestehen werde. Das Schreiben erklärt schließlich, der König werde sein Leben dem Wohle des Volkes und der Entwicklung des Staatsprogrammes widmen und sich hierbei auf die Regierung und den Patriotismus der Volkvertretung stützen.

China.

Vorschriften für fremde Minenbetriebsunternehmungen. Die neuen Vorschriften, welche vom Tsung-li-Yamen in Bezug auf Minenunternehmungen in China erlassen worden sind, wurden den fremden Gesandtschaften mitgeteilt. Die Hauptpunkte derselben sind: Der Bereich jeder Minenkonzession muß künstlich scharf umgrenzt sein. Konzessionen für alle Minen in irgend einer Provinz oder in irgend einem Distrikt dürfen nicht erteilt werden. Der Anteil des chinesischen Kapitals an je einem Unternehmen muß mindestens fünf Zehntel anstatt drei Zehntel betragen. Die Kontrolle der Unternehmungen bleibt gänzlich in chinesischen Händen. Diese Vorschriften werden wahrscheinlich den Gegenstand von Vorstellungen von Seiten der fremden Gesandten bilden, weil sie die Beteiligung auswärtigen Kapitals hauptsächlich unmöglich machen würden.

Aufstand in Süd-China. Wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, haben amtlichen Nachrichten aus Kanton zufolge 1000 Räuber 500 Soldaten in Coston (S) am Besitz umzingelt, angegriffen und geschlagen. Von den Soldaten, welche sich verzweifelt wehrten, wurden 250 getötet und 100 verwundet. Eine Abteilung von 2000 Mann ist gestern von Kanton aufgebrochen.

Partei-Nachrichten.

Der Kongress in Eprenay.

Eprenay, 15. August. (Priv.-Dep.) Der Kongress der französischen Arbeiterpartei billigte einstimmig die (vom „Vorwärts“ seiner Zeit wiedergegebene) Erklärung des Rationalrats und erkennt sie als übereinstimmend mit dem Programm. Der Kongress ist der Meinung, daß die Arbeiterpartei unter der Eroberung der politischen Macht immer die politische Expropriation der kapitalistischen Klasse verstanden hat und die Gewinnung von Wahl-Mandaten nur mittels eigener Kraft, d. h. durch die organisierten Arbeiter selbst zuläßt. Als Klassenkampf-Partei auch in Zukunft überläßt der Kongress dem Rationalrat die Sorge, zu prüfen, ob nach Gelegenheit und Umständen auch andere Positionen eingenommen werden können, ohne daß das Feld des Klassenkampfes verlassen wird.

Soweit man aus dem Wortlaut dieser und aus Guesdisten-freien telegraphisch übermittelten Resolutionen Schlüsse ziehen kann, scheint dieser Beschluß gegen Kompromisse selbst das Produkt eines Kompromisses zu sein. Statt der allgemein erwarteten scharfen Erklärung gegen Millierands Eintritt ins Ministerium hat man sich damit begnügt, die Entscheidung der taktischen Frage „nach Gelegenheit und Umständen“ der Parteileitung zu überlassen.

Welche Debatten diesem Beschluß vorangegangen sind, können wir leider nicht beurteilen. Die Verhandlungen fanden nämlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Selbst unser Partier Korrespondent, der sich in unserem Auftrag nach Eprenay begeben hatte, wurde nicht zugelassen. Wir werden also nur auf die offiziellen Mitteilungen angewiesen sein. Da wir in Deutschland gewohnt sind, die absolute Öffentlichkeit als demokratische Forderung anzuerkennen und zu erfüllen, fällt es uns schwer, das entgegengelegte Verfahren unserer französischen Genossen zu begreifen. Inbessenen, das ist eine Angelegenheit, die wir den Freunden in Frankreich überlassen müssen.

Die „Petite République“ berichtet über den Kongress: Der 17. Jahreskongress der französischen Arbeiterpartei wurde gestern in Eprenay eröffnet. Die erste Sitzung fand nachmittags zwei Uhr unter dem Vorsitz des Genossen Delory, des Bürgermeisters von Lille statt, dem die Genossen Ravas und Kraus assistierten. Als Schriftführer fungierten die Genossen Gabriel Farjat, Gabriel Bertrand, Deslandes und Bomier. Es sind 185 Delegierte anwesend. Sie vertreten 15 Departements-Föderationen, 403 Städte, 783 politische Gruppen.

Unter den hervorragenden Persönlichkeiten der Partei bemerkte man die Deputierten Ravas, Vénissac, Kraus, Dusour, Antide Boger, Carnaud, Pastre, Ferrout; die früheren Deputierten Jules Guesde, Paul Lafargue, den Bürgermeister von Jory; Moussel, Vedron, Delory, den Bürgermeister von Lille, Camille, Adjunkt des Bürgermeisters von Bordeaux, Chesnoires und Deverny, Generalräte von Lille, Delescluze, Generalrat von Calais, Tonians, Maire von Montluçon, Kugé, Maire von Roubaix, und andere. Guadeloupe ist durch zwei Repräsentanten, Marchinque durch einen vertreten. In der ersten Sitzung gab Jules Guesde einen Bericht über die Tätigkeit der Partei seit dem Kongress von Montluçon, und Genosse Kraus, Deputierter für Lyon, verlas einen Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der aus der Organisation Gewählten.

Dann wurde die Sitzung mit Geschäftsordnungsfragen ausgefüllt. Sie wurde um 7 Uhr abends aufgehoben.

Ein letztes Wort der Abwehr zur Diskussion mit Genossen Liebnicht ist mehrerorts notwendig, weil er seine neuesten, die Sache gar nicht beruhigenden Bemerkungen in dem Vorwort ausklingen läßt, ich hätte durch meine wahrheitsgemäßen Darlegungen — was er freilich „Anschmückung“ nennt — „das Einigungsverbot“ nicht gefördert“ und „jedemfalls Jaurès einen sehr schlechten Dienst geleistet“.

Der Vorwurf würde auch dann in der Luft schweben, wenn ich so anmaßend wäre, meinen Artikeln einen entscheidenden Einfluß auf die französischen Parteivorgänge zuzuschreiben zu wollen. Denn sämtliche von mir vorgebrachten Thatsachen sind den französischen Genossen aller Richtungen wohl bekannt. Und wenn das Spaltungsmanifest Guesde-Ballant, sowie die dadurch in der französischen Parteipresse verursachten Polemiken das Einigungsverbot nicht gestört haben, — das Manifest hat sogar direkt die Einberufung des Einigungs-Kongresses beschleunigt — desto weniger können meine Artikel der Einigung schaden. Insofern aber sie in Frankreich von Einfluß sein mögen, so nur zum Vorteil der Einigung, indem sie, wie ich annehmen darf, zur Aufhellung der Grundfrage, deren Lösung die Vorbedingung der Einigung, in mancher Hinsicht beigetragen haben. Daß ich ferner die Einigung von jeder als das vitalste Interesse des französischen Socialismus betrachte und die französischen Parteivorgänge von diesem Gesichtspunkte aus beurteile, ist jedem Leser meiner Artikel und Berichte bekannt.

Ist aber einmal von Schädigungen des Einigungswertes durch auswärtige Artikel die Rede, so könnte ich diesen Vorwurf mit unendlich größerem Recht dem Genossen Liebnicht zurückgeben. Seine bekannte Erklärung hat in Frankreich allerdings bis in die Reihen der Generalladepresse großen und freudigen Wiederhall gefunden. Auch ist sie in „Socialiste“, dem guesdistischen Wochenblatt, vollständig veröffentlicht worden — wohl kaum zum Zweck, dem Genossen Jaurès einen „sehr guten Dienst“ zu leisten.

Damit erübrigt es sich, auf den „sehr schlechten Dienst“, den ich Jaurès geleistet haben soll, einzugehen. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß es sich für mich nie darum handeln kann, diesem oder jenem französischen Parteigenossen gute oder schlechte Dienste zu erwiesen. Was ich über den französischen Socialismus schreibe, beruht einzig und allein auf meiner eigenen unmittelbaren und objektiven Beobachtung und steht im Dienste der Gesamtinteressen der Partei, wie ich dieselben verfolge. Liebnicht hätte sich also nicht getraut, persönliche Bemerkungen zu machen. Durch die Konventionen eines Maßmaßmaßes lassen sie sich höchstens erklären, nicht aber rechtfertigen. Damit ist für mich die Diskussion erledigt.

Paris, 11. August. B. Kritische W. S. L. und da man Maßmaßmaßes nicht stören soll, für mich auch. Weimar, 13. August 1899. B. Liebnicht.

Ein „socialdemokratischer Stadtrat“ soll nach hiesigen bürgerlichen Blättern an der Begründung des Kaisers in Solingen teilgenommen haben, was die „Deutsche Tageszeitung“ zu der Frage veranlaßt, ob der „hinausfliegen“ wird. Wir können die Mitteilung natürlich nicht auf ihre Richtigkeit prüfen; aber davon abgesehen, kann es natürlich für unsere Beurteilung der Handlungen eines Parteigenossen ganz gleichgültig sein, wie die „Deutsche Tageszeitung“ darüber denkt.

Gesamt-Parteitag der Socialdemokratischen Central-Vereine. Vonnachmittag war der Gesamt-Parteitag für die Pfingsttage dieses Jahres einberufen, mußte aber des Wiener Streiks wegen verschoben werden. Die Gesamtregulativ im Einverständnis mit den socialdemokratischen Abgeordneten meinte am besten zu thun, wenn sie den Parteitag, da er schon nicht zur festgesetzten Zeit abgehalten werden konnte, in die Zeit kurz vor der Einberufung des Parlaments verlegte. So wird er Gelegenheit haben, die politische Lage zu prüfen und seine Entscheidungen zu treffen, unmittelbar bevor die Abgeordneten in Aktion treten. Der Parteitag wird demgemäß in der letzten Septemberwoche tags und ist auf den 24. September einberufen. Seine Tagesordnung ist nicht geändert worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Vom Schöffengericht zu Halberstadt** wurde der frühere Redacteur des „Dolmetscher Volksblattes“ Genosse Vaher zu 2 Monaten Gefängnis und der jetzige Redacteur desselben Blattes, Genosse Meher, zu 60 M. Geldstrafe, sowie beide zur Erlegung der Kosten, wegen Verleumdung des Firmeninhabers der Hoyerischen Cigarettenfabriken, Heiligenstadt und Delmenhorst, verurteilt. Die Verleumdungen waren in Artikeln begangen worden, welche sich mit dem Streik der Cigarettenarbeiter der genannten Fabriken beschäftigten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bantischer. Im Laufe des heutigen Tages haben in Berlin bewilligt 22 Unternehmer mit 470 Arbeiter, sodah insgesamt bewilligt haben 51 Unternehmer mit 769 Arbeiter. Ausständig sind noch 748 Arbeiter in 62 Werkstätten, von denen der größte Teil in Unterhandlungen steht.

In Steglitz haben 2 Unternehmer mit 18 Arbeiter bewilligt. 11 Werkstätten mit 51 Arbeiter sind ausständig.

Lichterfeld und Rehendorf haben sich der Steglitzer Bewegung angeschlossen. Das Bureau für diese drei Orte befindet sich in Steglitz, Alhornstr. 15 bei Schellhase.

In Kummelsburg hat Kettner bewilligt.

In Ropenitz stehen 23 Mann im Ausstand.

Rigdorf. Hier haben 9 Unternehmer mit 100 Arbeiter bewilligt. 4 Werkstätten mit 89 Arbeitern sind ausständig.

In Niederschönhausen haben bewilligt Waber und Seeger.

Wir ersuchen die Kollegen nochmals, insbesondere diejenigen, welche ihre Forderungen bewilligt erhalten haben, Meldung an das Bureau der Streikleitung, Alte Jakobstr. 76 (Feuerstein) gelangen zu lassen.

Die Ortsverwaltung.

Zur Lohnbewegung der Steinarbeiter. In dem Schreiben der Steinmetzen-Zinnung an das Berliner Einigungsamt, worin diese es ablehnt, mit den Ausständigen in Verhandlung zu treten, wird wieder behauptet, daß für Berlin ein zwischen der Zinnung und den Gesellen ausgearbeiteter und noch bis März 1900 gültiger Lohn- und Accorarbeit besteht, und daß er noch in der Sitzung am 21. Juli von dem Gesellenausschuss ausdrücklich anerkannt worden sei. Diese Angaben entsprechen nicht der Wahrheit. Der hier gemeinte Tarif wurde im Jahre 1896 vereinbart und sollte zwei Jahre, bis Ende Februar 1898 gelten. Die im Jahre 1898 geführten Tarifverhandlungen waren resultatlos, weil die von den Arbeitern jetzt wieder aufgestellten Forderungen, Festsitzung der Accorarbeit, 70 Pf. Mindestlohn pro Stunde und achtstündige Arbeitszeit, abgelehnt und die Arbeiter mit ihren Forderungen auf eine bessere Zeit verzögert wurden. Die alte Zinnung hat sich mittlerweile aufgelöst und mit der neu gebildeten Zinnung sind bisher überhaupt keinerlei Abmachungen getroffen worden, so daß von einem Vertragsbruch der Arbeiter und Nichterfüllung der Ab-

machungen keine Rede sein kann, umso mehr, als sich auch die Unternehmer in Berlin um den früheren Tarif gar nicht mehr kümmern. Anders liegen die Dinge in den Bungalauer Steinbrähen, deren bester Berliner Unternehmer sind. Hier besteht allerdings ein gemeinsam vereinbarter Lohnvertrag, der bis zum 1. März 1900 Gültigkeit haben sollte. Hier sind es aber auch nicht die Arbeiter, die den Tarif gebrochen haben, sondern die Unternehmer haben fortgesetzt verhandelt, die einzelnen Positionen in den Vereinbarungen zu Ungunsten der Arbeiter auszuliegen, so daß diese, da eine Einigung über die strittigen Punkte nicht erzielt werden konnte, zum Ausstand gezwungen waren. Die unrichtigen Angaben der Unternehmer, die sie nicht nur dem Berliner Einigungsamt, sondern auch den Bauverwaltungen gegenüber gemacht haben, können lediglich den Zweck haben, ihr gehässiges Vorgehen gegen die Arbeiter in der Öffentlichkeit zu entschuldigen. Wegen die verhältnismäßig minimalen Forderungen läßt sich eben nicht gut etwas einwenden, zumal die Unternehmer sie ja bei früheren Gelegenheiten als berechtigt anerkannt und die Gesellen nur auf bessere Zeiten verzweifeln haben. Die Arbeiter haben nun die Zeit für gekommen erachtet und wie es scheint, haben sie sich nicht verrechnet. Die Zinnung, die in so proziger Weise alle Verhandlungen mit der Lohnkommission bezw. dem Gesellenausschuss und auch dem Einigungsamt ablehnte, schlägt in dem Schreiben an die Bauverwaltungen einen recht demütigen Ton an, um sie zu einer Termin-Verlängerung für die Fertigstellung der Arbeiten zu veranlassen. Auch in dem Mundschreiben des Verbandes deutscher Steinmetzen wird die Situation der vom Streik betroffenen Unternehmer als eine sehr unangenehme geschildert, doch werden nicht etwa Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes gewünscht, sondern die auswärtigen Unternehmer aufgefordert, seine zugereisten streikenden Steinmetzen einzustellen, bezw. die Eingestellten zu entlassen. Zu Gegenleistungen bei ähnlichen Vorkommnissen ist man natürlich gerne bereit. Von den Streikenden im Bungalauer Distrikt hat ein größerer bei den Erntearbeiten Beschäftigung gefunden. Das hat die Unternehmer veranlaßt, sich an den Landrat zu wenden, um die Entlassung der Arbeiter zu bewirken. Der Landrat soll sich aber den Wünschen der Unternehmer gegenüber ablehnend verhalten haben.

Ebenso wie für die Bungalauer ist auch für die Berliner Steinmetzen die Situation eine recht günstige. Nach Angabe der Zinnung arbeiten 150 Mann bei den vom Streik betroffenen Berliner Steinmetzen. Die Zahl laun, wenn auch nicht ganz, so doch annähernd stimmen. Der Unterschied ist aber der, daß außer den Polkern und Lehrburschen und dem geringen Teile der Steinmetzen, welche sich dem Streik nicht angeschlossen haben, hierbei auch Platznachwächter, „Staatsthufer“, Arbeitsleute usw. mitgezählt sind, die allerdings jetzt als „Steinmetzen“ beschäftigt werden. Daß diese Leute mit den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen zufrieden sind, mag zugegeben werden, denn die Unternehmer haben alle Ursache, ihre Helfer in der Not zufrieden zu stellen.

In die Berliner Gewerkschaften spielt gegenwärtig eine Streitfrage hinein, die geeignet erscheint, die bisher in der Gewerkschaftskommission aufrecht erhaltene gemeinsame Aktion aufzuheben. Die Streitfrage betrifft die Vertretung zu den Versammlungen des Gewerkschafts-Partells. Bisher war die Vertretung so geregelt, daß die Gewerkschaften unter 500 Mitglieder einen Delegierten, die über 500 bis 1000 zwei Delegierte und die über diese Zahl hinausgehenden drei Delegierte entsenden können.

Mit schwacher Majorität wurde nun vor einiger Zeit ein Antrag, der die Vertretung der Gewerkschaften nach der Zahl der organisierten Arbeiter regeln will, abgelehnt, jedoch später nach nochmaliger Erörterung der Angelegenheit dieser Beschluß wieder umgestoßen. In nächster Zeit soll nun die Vertretung eines Entwurfs auf der Grundlage proportionaler Vertretung erfolgen. In einzelnen Gewerkschaften ist die Vermittlung hierüber so groß, daß sie schon vorher, noch ehe die Frage zum Abschluß kommt, ihre Delegierten zurückgezogen haben. Es sind dies nur kleine Organisationen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß andere dem Beispiel folgen. Im Interesse der Berliner Gewerkschaftsbewegung möchten wir doch vor übereilten Handlungen warnen; zunächst sollte man ruhig den Verlauf der Angelegenheit abwarten, und nicht einen Gegenstand konstatieren, der auf Vorurteil beruht. Uns scheint die vielfach ausgesprochene Meinung, daß zwischen den großen und kleinen Gewerkschaften Gegensatz bestehen, irrig. Es wird Mittel und Wege geben, die Differenzen zum Ausgleich zu bringen; das kann geschehen, wenn von beiden Seiten etwas nachgegeben wird. Eine Zersplitterung der Kräfte der Gewerkschaften muß vermieden werden. Gerade der Berliner Gewerkschaftsbewegung steht in diesem einseitige Gestaltung; diesen Zustand noch zu verschlimmern, läge gewiß nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Noch mehr sollte uns aber das eifrige Bemühen unserer Gegner, die Zuchttaubvorlage zu neuem Leben zu erwecken, die Leistung geben, unsere Kräfte zu sammeln.

Ueber socialdemokratischen Terrorismus wußte vor einigen Tagen die „Pörlische Volks-Zeitung“, das Organ des Kaplan Dadaß, ihren Lesern eine schaurige Geschichte zu erzählen. In der Zuverlässigkeit der Berichterstattung solcher Vorgänge wetteifert das Blatt mit der Denkschrift des Herrn v. Posadowski und man ist im Zweifel, welchem von beiden die größere Geschicklichkeit im Fabulieren gebührt. Die Bemühungen des Centralorgans, seine dem „Arbeiterklub“ angehörigen Mitglieder als Verfolgte und Märtyrer einer heiligen Sache darzustellen, ist sehr durchsichtig, jedoch steht die Propaganda mit der Wahrheit auf gespanntem Fuß. Der neue Fall socialdemokratischen Terrorismus sollte sich in dem Geschäft von George u. Rifolas, Frankfurterstraße, ereignet haben. Wie das Centralblatt berichtet, sollten hier die Zimmerer die Entlassung eines Kollegen durchgeführt haben, der dem katholischen Verein „Arbeiterklub“ angehörte. Wie wir durch eigene Information erfahren können, weiß weder der Meister noch der Polier etwas von einem derartigen Vorgang. Der Mann wurde als „Jungler“ entlassen, weil es an Beschäftigung fehlte. Die ganze Geschichte ist also erfunden, vielleicht von dem Mitglied des „Arbeiterklub“, um sich eine Unterstützung im Verein zu ergattern. Sollte Herr v. Posadowski in Verlegenheit sein, neues Material für die Zuchttaubvorlage herbeizuschaffen, wir könnten ihm die Mitarbeiterchaft des Kaplans Dadaß empfehlen, am nötigen Talent für solche Dinge fehlt es ihm nicht; fast scheint es, als ob er sich bemüht, dem Flugschiffsfabrikanten Halle den Rang abzulaufen.

Spandau. Wegen der Nichtbewilligung des Stundenlohnes von 50 Pf. legten am Dienstag bei dem Baumeister Perrin hieselbst 29 Zimmergesellen die Arbeit nieder; während eine ganze Reihe anderer Zimmermeister bereits den von den Gesellen geforderten Stundenlohn zahlte, zahlte Herr Perrin bisher trotz aller gültigen Vorstellungen nur 45 Pf. Stundenlohn. Wie wir kürzlich berichteten, erhalten die Maurergesellen Spandaus jetzt allgemein den 50 Pfennig-Stundenlohn.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Flaschner (Klempner) in Stuttgart ist beendet, die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. Die schriftlich vereinbarten Friedensbedingungen lauten:

1. Die Vertreter der Arbeiter verzichten für jetzt auf die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit als zehn Stunden, werden aber auf die Forderung zurückkommen, wenn bei den Bauern, Steinmetzen oder Zimmerern eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart wird; die Vertreter der Arbeitgeber erklären sich ihrerseits bereit, eine Verkürzung der Arbeitszeit zuzugestehen, sobald solche auch im gesamten Bauergewerbe Platz greift.

2. Für Ueberstunden wird bis 9 Uhr abends 25 Proz., nach 9 Uhr abends, sowie für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag bezahlt.

3. Auf die zur Zeit des Ausbruchs des Streiks bezahlten Accord- und Tagelöhne wird eine Lohnerhöhung von 10 Proz. gewährt.

4. Es wird ein Mindestlohn in Höhe des jeweiligen örtlichen Tagelohns bezahlt.

5. Es wird achtstündige Lohnzahlung verabredet; dieselbe hat je Freitagabend sofort nach Schluß der Arbeit zu erfolgen.

6. Bei auswärtigen Arbeiten wird ohne Uebernehmen ein Lohnzuschlag von 20 Proz., mit Uebernehmen von 40 Proz. gewährt.

7. Es wird gemeinschaftlich eine für sämtliche hiesigen Glasfabriken- und Installationsgeschäfte gültige Tarifordnung aufgestellt.

Mit dieser Vereinbarung erklären beide Parteien den Streik für beendet. Eine Benachteiligung oder Belästigung wegen des Streiks oder wegen Vorkommnissen während desselben darf beiderseits nicht stattfinden.

Zwei Maurer in Lüneburg wurden zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeitstagen bedroht haben sollen. Der Bedrohte hatte keine Anzeige erstattet. Der Staatsanwalt hatte auch Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, weil sie in einem dem umfriedeten Besitztum des Unternehmers gestanden hatten, wo sie ihre Verbrechen begingen. Von dieser Anzeige wurden sie jedoch freigesprochen.

Ausland.
Streikbrecher nach Dänemark gesucht. Im obersteleichen Grenzboten sucht ein Fabrikant Gedde in Kopenhagen Verriecher. Wie werden durch die Organisation der dänischen Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Firma gestreikt wird. Es wird deshalb davor gewarnt, auf die Inserate des Fabrikanten hineinzufallen. Die Partei- und Gewerkschaftsblätter werden gebeten, von dieser Mitteilung Notiz zu nehmen.

In Kladower Kohlenrevier (Böhmen) macht sich neuerdings eine Bewegung bemerkbar. Ein Teil der Arbeiter vom Adalbertschacht der Kohlbütte, insgesamt 988 Personen, blieben der Arbeit fern. Dienstag früh veruchte ein Trupp von 300 Personen die zur Arbeit gehenden Arbeiter davon abzuhalten. Die Gendarmerie schritt daher ein und verhinderte dies. Da erwartet wird, daß der neu ausgebrochene Ausstand einen größeren Umfang annehmen werde, wird die Gendarmerie um weitere 20 Mann verstärkt. Gendarmerie ist natürlich immer billiger wie die Bewilligung der Forderungen der Arbeiter.

In Rennes.
Am Dienstag hat wegen eines katholischen Feiertags keine Sitzung des Kriegsgerichts stattgefunden. Die Angeklagten verschoben. Der Aufmarsch der Kriegsminister, Villot, Cavaignac, Jurindin, Chanoine, die sämtlich durch ihr Verhalten im Amt die Mitschuld an dem Justizverbrechen tragen, scheint nicht ohne Eindruck auf die Richter geblieben zu sein, obwohl sie keine neuen Thatsachen, keine Beweise vorbrachten, sondern nur ihre subjektive Ueberzeugung von der Schuld Drexfus äußerten.

Der Verteidiger Demange war der Situation nicht gewachsen. Er stellte, der „Frankf. Zig.“ zufolge, fast gar keine Fragen an die Zeugen. Durch das Attentat gegen Labori ist die Verteidigung desorganisiert. Demange, der nichts von der Kampfart Laboris besitzt, scheint machtlos gegen die streitbaren Gegner von der Militärpartei. Man sagt allerdings, Demange sei so unzureichend gewesen, weil alle für das Verhör Merciers vorbereiteten Noten sich in der Mappe Laboris befanden, aber manche Mitglieder der Drexfus-Partei machen Demange zum Vorwurf, daß er nicht sofort eine Unterbrechung des Prozesses herbeizuführen gesucht hat. Mehrfach wird verlangt, daß diese Unterbrechung noch jetzt stattfinden. Freilich bleibt es sehr fraglich, ob die Eigenliebe Demanges sich dazu verstehen wird. Auch Drexfus machte keinen guten Eindruck.

Das Attentat auf Labori.
Die Nachrichten über das Befinden Laboris schwanken und widersprechen sich. Wie durch das Schießen des Doktors Reclus festgestellt sein soll, ist die Verwundung nicht lebensgefährlich. Die Kugel sei im Fleische stecken geblieben und habe keine edleren Organe verletzt.

Von dem Thäter fehlt jede Spur. Nach der Aussage eines Zeugen wurden Montag früh gegen 5 Uhr drei Personen von verdächtigem Aussehen in der Nähe der Wohnung Laboris gesehen. Labori hatte zahlreiche anonyme Drohbrieve erhalten, zwei enthielten Drohungen mit dem Tode. Der auf dem Bahnhof in Le Mans verhaftete Marinemaschinist Gallain, welcher verdächtigt war, das Attentat auf Labori begangen zu haben, konnte sein Alibi nachweisen und wurde in Freiheit gesetzt.

In Rennes schandete man noch immer auf den Attentäter. Das Gebüsch, in das letzterer nach der That flüchtete, wird noch von der Gendarmerie umzingelt. Merlel abenteuerliche Gerächte werden kolportiert. So wird berichtet, ein Leichengräber habe den Attentäter, mit einem Revolver bewaffnet, hinter einem großen Leichenstein gesehen. Eine hochangesehene Persönlichkeit soll jedoch den Leichengräber angewiesen haben, über diese Entdeckung nichts zu veröffentlichen. Das Pariser Blatt „Radikal“, welches diese Meldung bringt, glaubt versichern zu können, daß die betreffende Persönlichkeit der Herr eines benachbarten Dorfes sei.

Die „Petite République“ meldet: Als man Labori auf einer Grabhube nach Hause schaffte, sagte er, da er sich tödlich verwundet glaubte, zu seiner Umgebung: Sie können Mercier und den anderen sagen, daß, wenn ich auch verschwunden sei, ihr Verbrechen bleibe und der Kampf fortdauern werde.

Wie es heißt, weigerte sich Frau Labori, General Mercier zu empfangen, als er in ihrem Hause erschien, um sein Bedauern über das Attentat auszusprechen.

Eine Stimme zum Attentat.
Eine Meinungsäußerung, die man sich für künftige Fälle merken wird, liefert die Berliner Parteigängerin der französischen Nationalisten. Sie schreibt:
Zur Zeit haben sich diese Elemente als Ziel die Befreiung eines jüdischen Staatsverbrechens gesetzt und zur Erreichung dieses Ziels wird die Regierungsgewalt skrupellos gemißbraucht. Mit Gewalt weis ich das Drexfusjudikat aller Gegner zu entledigen — Deroulade und die Patriotenliga werden in dem Moment ins Gefängnis gebracht und unschuldig gemacht, als die Auslagen vor dem Kriegsgericht für den jüdischen Märtyrer belastend und gefährlich werden. Der Schlag gegen die französische Volkstimme — denn diese ist nach wie vor und nach den Auslagen des Generals Mercier mehr denn je von der Schuld des Drexfus überzeugt — ist durch die Verhaftung der Führer der Patriotenliga und durch die verübte Einschüchterung des Volkes in ungeheurer Form mit feiger Gewaltthat geführt worden. **Kein Wunder, wenn aus der verängstigten und empörten Volksmasse der Gegenschlag erfolgt, ebenso geistlos, feig und brutal, ein Mordanschlag auf den Verteidiger des Vaterlandsverrätters, auf den Advokaten Labori.**

Wenn man böshast sein wollte, so könnte man den Verdacht ausprechen, der Verbrecher habe die bildlichen Lehren des Drexfusfalsen Fädelers allzu buchstäblich genommen. Indessen es genügt uns, daran zu erinnern, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ und ihre Fress-Sippe jedesmal über socialdemokratische Verteidiger des Nordes geisterte, wenn in unserer Presse der psychologisch-socialen Untergrund anarcho-socialer Verbrechen gezeichnet wurde. Jetzt findet das Blatt die Meuchelung Laboris begründlich. Das ist sein gutes Recht, es kann aber der guten politischen Erziehung und sittlich-intellektuellen Klarheit seiner Gegner dankbar sein, wenn aus dieser Erklärung eines politischen Nordes nicht seine Degünstigung abgeleitet wird.

Ein Ausnahmegesetz gegen Militaristen, Chauvinisten, Antisemiten wird übrigens in der reaktionären Presse trotz der sonst üblichen Leichenpolitik immer noch nicht gefordert. —

Ueber die **Sonnabend-Sitzung** schreibt uns unser Berichterstatter noch aus Rennes unterm 13. August:
Die gestrige entscheidende Sitzung, in der General Mercier so jämmerlich abschnitt, rief in der Stadt den stärksten Eindruck hervor.

Allgemein glaubt man, daß die Tage des scharfen Nationalismus vorbei sind, und daß wir vielleicht von diesen moralischen Krankheiten, die seit einigen Monaten für das Land so drohend geworden sind, geheilt werden.

Nichts hat an dem Zeugnis Merciers das Publikum so frappiert, als die absolute Nichtigkeit seiner Angaben. Er versuchte in dieser Sitzung, vor Soldaten das Geiseln eines Krieges mit Deutschland vorzuführen, und nichts störte die Seelenruhe der Zuhörer; sie merkten, daß sie einen hölzernen Karren vor sich sahen, der verweigert lag, um die Dunkelheit, die seine Verbrechen bedeckt und die Strafe verzögert, zu verhüllen.

In den nationalistischen Kreisen der Stadt ist man betäubt. Was! Das sind die geheimen Akten des Generals Mercier? Das ist alles, was er den Richtern des Drexfus zu sagen hatte? Das sind die ganzen Beweise, die er liefern konnte? Die Jähresten sagen, dies sei noch nicht alles; sie behaupten, Mercier besitze noch ein entscheidendes Schriftstück und bewahre dieses für den Schluß auf.

Die Anhänger Drexfus' sind seit langem guten Mutes. Sie fürchteten Mercier nicht; denn es liegt nichts gegen den Verurteilten von 1894 vor. Und jetzt, wo sie diesen armen General auf einer Bank zusammengesunken gesehen haben, gleichsam zerstückt durch die Nichtigkeit seiner eigenen Auslage, preisen sie den Umstand, der gerade Mercier zum Hauptankläger gemacht hat. Denn er hat den Feinden der Gerechtigkeit den letzten Stoß versetzt.

Die Gegner Drexfus' haben ihre Niederlage vor dem Kriegsgerichte sehr wohl begriffen und wollen versuchen, sich draußen wieder zu erholen. Mit den Verstärkungen, die sie gestern Abend in der Gestalt von Pariser Ballonmännern bekommen haben, haben sie den ganzen Heerbau des Antisemitismus gesammelt und zwei Kundgebungen von je hundertundfünfzig Menschen veranstaltet, welche die gegenwärtig in Rennes weilenden bekannteren Verteidiger Drexfus' verhöhn sollten. Wie stets, wurden jedoch die Socialisten durch die Arbeiterkassen, die allabendlich in der Stadt patrouillieren, benachrichtigt. Sofort wurde eine Gegenkundgebung organisiert und die Antisemiten wurden auseinander gejagt.

Bemerkenswert ist, daß die Bevölkerung die Ruhe absolut bewahren will, und daß nur einige erhitzte Nationalisten die Unordnung wünschen. Dies ist in so hohem Grade der Fall, daß viele Personen unsern socialistischen Freunden, welche die Straßen durchzogen und die antisemitischen Schreier in die Flücht schängen, aus den Fenstern der Häuser Verfall klatschten und ihnen zuriefen: „Goch die Socialisten.“

Rennes, 15. August. Die Labori behandelnden Aerzte sind über dessen Zustand augenblicklich besorgt und hoffen, derselbe werde binnen kurzem seine Thätigkeit wieder aufnehmen können.

Rennes, 15. August. Bei Beginn der morgigen Sitzung des Kriegsgerichts wird wahrscheinlich Demange im Namen von Drexfus verlangen, daß die Verhandlungen ausgesetzt werden, damit Labori, welcher, wie man hofft, in drei bis vier Tagen wieder hergestellt sein wird, den Prozeßverhandlungen folgen könne. Die Aerzte sind der Ansicht, der Verwundete werde am nächsten Montag seine Thätigkeit wieder aufnehmen können.

Das Komplott gegen die Republik.

Ueber die geplante Verschwörung gegen die Republik berichtet die „Petite République“:
Es ist immer sehr schwer, offizielle Nachrichten über die Verhaftungen und das rotschwarze Komplott zu erhalten. Im Ministerium des Innern und auf der Polizeipräfectur erklärt man einfach, daß man die Resultate der eingeleiteten Untersuchung abwarten muß.

Der Untersuchungsrichter Fabre sehte vorgestern von 7 bis 9 Uhr das Verhör der Verdächtigten fort. Bis jetzt haben diese ihre Eltern und Freunde noch nicht sprechen dürfen. Während des gestrigen Tages kam eine große Anzahl Personen ins Untersuchungsgefängnis und blieb in seinen Vorräumen, um den Untersuchungsrichter Fabre um die Erlaubnis zum Besuch der Angeklagten anzugehen. Doch war ihr Bitten vergeblich; der Richter erschien in seinem Zimmer nicht vor ein Uhr nachts. Uebrigens hat er die Vorkommen nicht empfangen, sondern in Gegenwart der Angeklagten mit der Prüfung der konfiszierten Papiere begonnen.

Gerüchtweise verlautet, daß Fabre, sobald er feststeht hat, daß es sich um ein Komplott zur Veränderung der Staatsform handelt, seine Ermittlungen dem Generalstaatsanwalt Kalkin mitteilen wird, worauf dieser die Entscheidung treffen wird, ob die Angeklagten vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Geheim meldeten wir, daß gelegentlich des Plebiszits für oder gegen die Republik, das vom „Petit Français“ veranstaltet war, dessen Direktor Mailard, der Sohn des Generals Mailard, verhaftet worden ist. Der Kommissar Martin führte Mailard ins Untersuchungsgefängnis. Dann begab er sich in die Druckerei des „Petit Français“ und beschlagnahmte dort mehrere Nummern des Blattes, Abonnentenlisten und eine große Zahl von Antworten, die auf das von dem Blatt veranstaltete Plebiszit von Offizieren eingegangen waren.

Die Guérin-Bosse.

Da Guérin, seitdem der Haftbefehl gegen ihn erlassen worden ist, Widerstand leistet, sind strenge Befehle gegeben worden, jeden zu verhaften, der versuchen würde, in das Haus in der Rue Chabrol einzutreten oder dasselbe zu verlassen. Drei Genossen Guérins, welche Dienstagmorgen das Haus verließen, wurden infolgedessen verhaftet. Sie tragen Revolver und Beile bei sich.

Die Scene, da Guérin Sturm auf seine Festung angelündigt wurde, wird vom „Lokal-Anzeiger“ wie folgt geschildert:
Um halb vier Uhr morgens erschienen in der Rue Chabrol die Ambulanzwagen der Stadt und Francis Samson als Pflegerin. Das weiße Habit mit rotem Kreuz, welches Francis Samson trägt, kündigt an, daß es ernst werden wird. 20 Minuten nach 4 Uhr erscheint Kommissar Hamard, zieht die Hausschloß und ruft: „Ist Herr Guérin da?“ Guérin am Fenster: „Was wollen Sie?“ Hamard: „Ich bin der Polizeikommissar, kommen Sie herab, ich habe mit Ihnen zu sprechen.“ Guérin schreit leidenschaftlich: „Ich weigere mich!“ Hamard: „Dann erkläre ich Sie als Rebelle!“ Guérin: „Das ist mir gleichgültig. Sie wollen uns fangen und Frankreich wird Euch pöden!“ Da Hamard, nachdem er den Verhaftbefehl durch die Thür gesteckt hat, sich entfernt, ruft ihm Guérin nach: „Wir werden also kämpfen! Adieu, meine Herren!“ Eine Dame wirft Guérin ein Bouquet zu, und dieser schließt das Fenster.

Paris, 15. August. An dem Lokal des „Antijuis“, in welchem Guérin sich aufhält, zogen gestern Louische von Kungebern vorbei. Als der Antireisende, Kapitän Montel, von ihnen bemerkt wurde, veranstalteten sie eine Kundgebung zu Gunsten der Armee. Einen General, der in einem Wagen erschien, begleitete man ein Stück Weges. Für heute Abend, nach Ablauf der 24stündigen Frist, welche die Polizei Guérin und seinen Genossen gestellt hat, werden wichtige Ereignisse erwartet.

Paris, 15. August. Bei dem heutigen Bankett der bouvaritischen Partei anlässlich des Kapolettages verlas der frühere Oberst Mignot als Präsident ein Telegramm des Prinzen Victor, in welchem dieser ankündet, er rechne auf die Thätigkeit der plebiszitären Komitees unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Ein zweites Bankett wurde von Seiten der rotschwarzen Jugend zur Feier des Namensdages der Herzogin von Orleans veranstaltet. In den Ansprachen, welche gehalten wurden, protestierten die Redner gegen die Maßnahmen der Regierung. Es wurde beschlossen, an den Herzog und die Herzogin von Orleans eine Adresse zu richten.

Paris, 15. August. Als heute nachmittags gegen 6 Uhr ein Trupp Antisemiten den Treffpunkt des Haubourg Saint-Denis und der Rue Valenciennes passierte, rief ein Vorübergehender Nieder mit den Jesuiten“. Die Manifestanten umringten den Aufer und bedrohten ihn. Dieser, von dem man glaubt, daß er Anarchist ist, gab aus einem Revolver mehrere Schüsse ab und verwundete drei

der Angreifer. Die Person, welche die Schüsse abgegeben hatte, wurde verhaftet. Guérin ließ amends 7 Uhr auf dem Dache des Hauses in der Rue Chabrol, in dem er sich verjagt hat, eine Fahne annageln, welche die Aufschrift trägt: „Frankreich den Franzosen“.

Sociales.

Bauarbeiterlohn. Die Polizeiverwaltung der Stadt Vieuxfeld hat eine dankenswerthe Verordnung betreffend die Einrichtung der Baustellen und Baugeräte erlassen. Darin wird die Einrichtung von Baustellen und Aborten auf den Baustellen vorgeschrieben unter Aufstellung von Mindestbedingungen, die dabei zu erfüllen sind, und außerdem werden Vorschriften über die Befähigung der Gerüste erlassen. Für Nichtbeachtung der Vorschriften wird außer der Verstrafung auch die Unterlassung des Weiterbaus angedroht. Die Hauptfache ist nun aber die Ausführung der Verordnung. Dazu ist eine sorgfältige sachmännliche Kontrolle erforderlich. Darüber sagt die Verordnung nichts. Vorschriften zum Schutze der Arbeiter haben wir auf dem Papier manderlei, aber ausgeführt werden sie nur sehr mangelhaft. Das wird nicht eher besser werden, als bis neben einer ausreichenden Anzahl von Aufsichtsbeamten die Gewerkschaften stark genug sind, um den Arbeitern jedes einzelnen Betriebes selbst die Kontrolle zu ermöglichen.

Schutz der Kinder. In verschiedenen Städten haben die Behörden, wohl meistens gebrängt durch die berechtigten Klagen der Lehrer über die geistige Verklümmung der Schulkinder, polizeiliche Anordnungen erlassen, daß Schulkinder vor Beginn des Unterrichts nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen. Eine solche Verordnung besteht auch in Gera. Auf Grund dieser Verordnung wurden Bädermeister, die trotzdem ihre Schwäne weiter durch schulpflichtige Kinder austragen ließen, mit Geldstrafe belegt. Einer der Verurteilten beantragte richterliche Entscheidung. In letzter Instanz hat das Oberlandesgericht Aachen den Bäder freigesprochen, weil die Polizei kein Recht habe, in die freie Verfügung über die freie Zeit der Schulkinder einzugreifen, zumal deren Beschäftigung durch Reichsgesetz geregelt werde.

Es mag zugegeben werden, daß die Entscheidung formell richtig ist und die Polizei in der That, auf Grund der bestehenden Gesetzgebung kein Recht hat, derartige Anordnungen zu erlassen, obwohl man sonst in der Beschränkung polizeilicher Befugnisse durchaus nicht so entschieden ist; dann dürfte dies aber nur einen Ansporn bilden, durch Reichsgesetz dieser Kinderausbeutung entgegenzutreten. Die Notwendigkeit des Schutzes der Schulkinder auch außerhalb der Fabrik ist längst anerkannt durch zahlreiche Erhebungen von Schulmännern und, wie gesagt, durch zahlreiche behördliche Anordnungen. Wird nun die Reichsgesetzgebung dieser anerkannten Notwendigkeit Rechnung tragen?

Sociale Rechtspflege.

Die verfolgte Streikkollektion. Gelegentlich des Sametwoberstreiks in Arafeld wurden einer größeren Anzahl Personen Bettel in die Wohnung gebracht, auf denen diese Dritte beauftragt sollten, aus ihrer Wohnung Beiträge für die Streikenden abzuholen. Die Polizei, die anscheinend den Staat wanken sah, schritt hiergegen ein. Es regnete dann Strafmandate. Mehrere der Bettelausrufer, Männer und Genossen, wurden beschuldigt, sich gegen eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 29. August 1879 verstanden zu haben, indem sie ohne Genehmigung des Oberpräsidenten eine öffentliche Kollekte veranstaltet hätten. Sie beantragten richterliche Entscheidung, wurden aber von dem Landgericht ebenfalls für schuldig befunden. In ihrer Revision machten die Angeklagten dem geltend, daß das Vorliegen einer Kollekte schon deshalb nicht anzunehmen wäre, weil es infolge des Einschreitens der Polizei gar nicht zum Einschmelzen der Beiträge gekommen sei. Der Strafrichter des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Eine öffentliche Kollekte, die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürftig hätte, liegt hier thatsächlich nicht vor. Es sei indessen fraglich, ob nicht der § 5 der Regierungsverordnung, der sich mit dem Einschmelzen von Zeichnungen zu Vereinsbeiträgen befaßt, anzuwenden sei. Es wäre dann festzustellen, ob die Angeklagten thatsächlich nur Botendienste verrichteten, d. h. nur Bettel ausgetragen oder ob sie auch Gelder eingesammelt hätten.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 15. August. (B. G.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus New York: Aus San Domingo wird telegraphiert: Die Revolutionäre gründeten hier eine Junta. Jimenez ist angeblich unterwegs, um den Oberbefehl in Balde zu übernehmen.

Bamberg, 15. August. Stadtammerr Kauer, der auch für uns abgelegt unterföhrungsbereit war, ist gestern durch einen Velocipedsturz verunglückt und heute gestorben.

Paris, 15. August. (B. G.) Heute vormittag fand auf dem Boulevard Etich das jährliche Bankett der Imperialisten statt. Der Vorsitzende, Baron Legoux, hielt eine Ansprache, worin er seine Freunde dazu ermahnte, sich jeder Kundgebung zu enthalten, bis volles Licht in der Drexfusangelegenheit geschaffen sei. Ein Zwischenfall fand nicht statt.

London, 15. August. (B. T. B.) Der General Sir Frederik Rosekier-Walker, Kommandeur der Truppen von Devonport und früherer Befehlshaber der britischen Truppen in Egypten, ist zum Kommandeur der Streitkräfte am Kap ernannt worden und wird unverzüglich dorthin abgehen.

Madrid, 15. August. (B. T. B.) Der Sanitätsrat beschloß, die Probenenzen aus den Häfen Portogals einer 40 tägigen Quarantäne zu unterwerfen und an der Grenze gegen Portogal Quarantäne-Anstalten zu errichten. Bis zur Einrichtung dieser Quarantäne-Anstalten soll jeder Verkehr zwischen Spanien und Portogal eingestellt werden.

Petersburg, 15. August. (B. T. B.) Ein kaiserlicher Befehl an den Finanzminister besagt: Durch die großen Besitzungen Russlands in Europa und Asien ist mit Gottes Hilfe eine Annäherung Wölder des Westens und des Ostens ermöglicht und durch das freundliche Entgegenkommen Chinas ist es gelungen, dies historische Ziel in Erfüllung zu bringen, indem wir die Vereinigung zweier ähnlicher Häfen: Talienwan und Port Arthur mit einem großen Gebiete erhielten, wodurch der großen sibirischen Bahn ein Weg zum Gelben Meere ermöglicht wird. Dank des weissen Beschlusses der chinesischen Regierung werden wir durch die im Bau begriffenen Eisenbahnen mit China vereinigt, was allen Nationen unzulässigen Gewinn und bequeme Verkehrswege bringt, sowie die Umsätze des Welt Handels erleichtert. Unermüdet Sorge tragend für die allgemeinen Vorteile haben wir es für notwendig gehalten, nach Beendigung der Eisenbahnlinie bis zu dem Hafen von Talienwan, diesen als Freihafen für den ganzen Zeitraum des am 15. März 1898 alten Stills (27. März 1898 neuen Stills) zwischen Rußland und China abgeschlossenen Pachtvertrages für die Handelschiffe aller Nationen zu erklären.

New York, 15. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach Telegrammen aus Puerto Plata soll bei der Regierung der dominikanischen Republik die Meldung eingegangen sein, daß die Regierungstruppen die Insurgenten vollständig geschlagen und vernichtet hätten. Die Regierung betrachte den Kampf als das Ende des von Jimenez angeführten Aufstandes.

Brötoria, 14. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der ansührende Mat hielt heute vormittag eine Sitzung ab. In die Feldlorants wurde Befehl gegeben, die Martini-Gewehre gegen Bauer-Gewehre einzutauschen. Die Möglichkeit eines Krieges ist das einzige Besprechungsthema. Die allgemeine Stimmung geht dahin, daß die Meinung der Bürger über die Lage eingeholt werden sollte; man glaubt die Bürger und das Land seien gegen irgendje Maßnahmen.

Kreis-Konferenz für Niederbarnim.

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Unterzeichnete hiermit die diesjährige Kreis-Konferenz des Kreises Niederbarnim auf Sonntag, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr (pünktlich) nach Kummelsburg, Lokal Café Bellevue. Die Tagesordnung ist:

- 1. Der Provinzial-Parteitag in Berlin, Referat, Diskussion, Wahl von Delegierten.
2. Der Parteitag in Hannover, Referat, Diskussion, Wahl von Delegierten.
3. Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes, eines Genossen für die Agitation und der Mitglieder der Propagandakommission.

Nach dem Organisationsstatut kann jeder Ort bis 3 Delegierte, die in öffentlicher Parteiversammlung zu wählen sind, entsenden. Die Delegierten müssen politisch organisiert sein. Dementsprechend erüchtlich, baldmöglichst in öffentlichen Parteiversammlungen die Wahl von Delegierten vorzunehmen.

Arthur Stadthagen.

Tokales.

Vom „patriarchalischen“ Verhältnis des Lehrers zum Lehrling. Zugehörigkeit des Lehrers zum Haushalt des Lehrers ist in Berlin nur noch selten zu finden. Der letzte Jahrgang des Berliner statistischen Jahrbuchs theilt aus dem Ergebnis der Verfass- und Gewerbebefragung von 1895 einige Zahlen mit. Die Verhältnisse belaufen sich in einer Uebersicht, welche 23 813 männliche, 8258 weibliche, überhaupt 27 071 im Gewerbe und Handel beschäftigte Lehrlinge umfasst, werden nur 6202 männliche, 895 weibliche, überhaupt 6897 Lehrlinge aufgeführt, die beim Arbeitgeber wohnten. Beim Arbeitgeber wohnten also nur 26,0 Proz. der männlichen, 10,8 Proz. der weiblichen, 21,7 Proz. aller Lehrlinge. Bei den einzelnen Gewerbe-Arten war der Prozentsatz natürlich sehr verschieden. In den meisten Gewerben wohnten nur noch sehr wenig, andererseits aber in einigen noch beinahe alle Lehrlinge im Hause des Arbeitgebers. Das letztere war namentlich bei der Nahrungsmittel-, Industrie- und Textilindustrie der Fall, wo ja auch die Gehilfen größtenteils noch bei dem Arbeitgeber wohnen müssen. In der Gruppe „vegetabilische Nahrungsmittel“ (Bäckerei usw.) gehörten von 1315 männlichen Lehrlingen 1209 = 91,9 Proz., von 43 weiblichen 28 = 65,1 Proz., in der Gruppe „animalische Nahrungsmittel“ (Schlachtereie usw.) von 200 männlichen Lehrlingen 208 = 80,0 Proz., von 62 weiblichen 40 = 79,9 Proz., zum Haushalt des Arbeitgebers. Nebenbei lagen die Verhältnisse in der Gruppe „Verherbergung usw.“, wo von 547 männlichen Lehrlingen 418 = 76,4 Proz., von 68 weiblichen 41 = 60,3 Proz., beim Arbeitgeber wohnten. Einen hohen Prozentsatz wies auch die Gruppe „Barbiere, Friseur“ auf; hier wohnten von 605 männlichen Lehrlingen 590 = 97,5 Proz., beim Arbeitgeber. Dementselben Prozentsatz hatte die Gruppe „Kleidung“, wenigstens für die männlichen Lehrlinge: von 1639 männlichen Lehrlingen 1061 = 64,1 Proz., aber von 1037 weiblichen nur 60 = 5,8 Proz. Zugehörigkeit männlicher Lehrlinge zum Haushalt des Arbeitgebers kam nur in einer einzigen Gruppe vor, im „Wasserwerk“, mit 95 Lehrlingen.

Zukunftsaussichten. Die Dienstbotenbewegung hat unter dem Publikum eines hiesigen Scharfmachersblattes eine Wirkung hervorgerufen, auf die selbst der kühnste Optimist unter unseren Parteigenossen wohl kaum zu rechnen wagte. In den „Berl. N. Nachr.“ schlägt nämlich ein geängstigter Leser vor, sich geradezu dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat anzuschließen, soweit seine Spuren unter der göttlichen Weltordnung schon auffindbar sind. In der beweglichen Klasse heißt es:

Es liegt namentlich ein Mangel an guten Köchinnen vor, es ist daher den Müttern dringend zu empfehlen, daß sie ihren Töchtern Unterricht im Kochen erteilen lassen, damit, wenn die Köchin krank wird, beurlaubt ist oder davon läßt, die Familie mit dem Mittagessen nicht in Verlegenheit kommt. Vielleicht entschließt man sich auch in Berlin, ähnliche Einrichtungen zu treffen, wie in Paris, London und Amerika, wo es große Speise-Anstalten giebt, in denen die Familie täglich für ein Billiges eine nahrhafte und billige Kost findet.

Wenn früher von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, wie unökonomisch sich das Familienleben in der bürgerlichen Welt gestalte, wie die Sorge und Mühe um Erhaltung des heutigen Familienlebens die Hausfrau zwingt, den größten Teil ihrer Zeit und dazu eine Menge Geld in der Küche zu verschwenden — dann kamen die bürgerlichen Kämpen mit dem Scharfbild des großen Erbentopfes, aus dem die sozialdemokratischen Zerstückler der Familie zuchtlosmächtig die befallenen Angehörigen des Zwangsstaates der Zukunft abgefrachtet wissen wollten. Und heute empfiehlt ein geängstigter Ordnungsgemüß der Familie im vollen Ernst und mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die ökonomischen Vorteile, sich auf die Benutzung „großer Speise-Anstalten“ einzurichten!

Vielleicht schwenkt der Leser der „Neuesten Nachrichten“ vollends ins sozialdemokratische Lager ab, wenn wir ihm das Versprechen geben, daß seine nicht allein in französischer und slavischer, sondern auch in der Kochkunst approbierten Töchter in der Speise-Anstalt des Zukunftsstaates eine lohnende und in jeder Beziehung angenehme Stellung finden sollen.

Der Kampf gegen das Korsett, den die Reformen der Frauenkleidung führen, scheint die Berliner Korsettindustrie bisher wenig bedrückt zu haben. 1898 bestanden in Berlin außer zahlreichen Geschäften, die neben anderen Artikeln Korsetts führen, über 150 Spezial-Korsettgeschäfte. Es bestehen hier zwölf bedeutende Korsettfabriken, die ihre eigenen Betriebswerkstätten haben und daneben viele Schneidherinnen in Berlin und den Vororten beschäftigen. Die Gesamt- Arbeiterzahl der Berliner Korsettindustrie beträgt ca. 4000. — Bezüglich der Reformen der Frauenkleidung bemerkt der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für das Jahr 1898/99 folgendes: „Es hatte den Anschein, als ob sie (die Reformen) das Geschäft selbst machen wollten, denn jeder hat seine eigene Ansicht und verkörpert sie durch eigene Systeme. Einige Duzend Kerze haben Erfindungen gemacht, die sich aber meist nur durch witzige, niemals durch charakteristische Abänderungen von den herkömmlichen Arten unterscheiden.“

Ueber den Automobilismus in Berlin entnehmen wir der „Dtsch. Verkehrs-Ztg.“ folgende Angaben: Die Allgemeine Berliner Omnibus- und Kraftwagen-Gesellschaft hat die probeweise Einführung des elektrischen Betriebes für September in Aussicht genommen. Zunächst sollen zur Bedienung der Motorwagen-Anstalten vier Wagen regelmäßig in der Zeit von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr zwischen dem Anhalter Bahnhof und dem Ausstellungsplatz verkehren. Nach Schluß der Ausstellung ist die Einstellung von acht elektrisch betriebenen Omnibussen zwischen dem Anhalter und Stettiner Bahnhof geplant. Das einen Zeitraum von höchstens 15 Minuten beanspruchende Laden der Accumulatoren soll während des Betriebes der Ausstellung am Anhalter Bahnhof, später auch am Stettiner Bahnhof stattfinden. Zu diesem Zweck werden auf den Vorplätzen dieser Bahnhöfe besondere Ladestellen errichtet, die ihren Anschluß an die Elektricitätswerke mittels unterirdischer Kabel erhalten. — Auch die Neue Berliner Omnibus- und Kraftwagen-Gesellschaft hat beim Magistrat den Antrag gestellt, die probeweise Inbetriebnahme eines automobilen Omnibuswagens für Accumulatorbetrieb auf der Linie Kreuzberg — Stettiner Bahnhof für die Monate September und Oktober zu genehmigen. Der Wagen ist für 12 Sitzplätze im

Innern, zwei Stehplätze auf dem Perron und 14 Deckplätze eingerichtet. — Am 7. d. M. ist in Berlin ein Automobilklub für Deutschland mit etwa 100 Mitgliedern ins Leben getreten. Der Klub bezweckt die Hebung und Förderung des Automobilsports. Es ist die Gründung einer Fahrschule auf einem zu diesem Zweck zu erwerbenden Grundstück, die Einrichtung eines geordneten Kartendienstes und die Abhaltung und Ueberwachung von Wettfahrten in Aussicht genommen. Zur Durchführung der Vorarbeiten hat der Klub, dessen Mitgliedschaft auch Damen erwerben können, bereits einen großen Garantiefonds gezeichnet.

Die städtische höhere Weberschule beginnt ihre neuen Unterrichtskurse in der Tagesabteilung für Weber, Musterzeichner, Wisler, Posamentierer, Sticker und Färber am 10. Oktober. — Die Abend- und Sonntagsabteilung, in welcher Unterricht erteilt wird für Weber und Wisler, Musterzeichner, Posamentierer, Sticker und Färber, eröffnet ihre neuen Unterrichtskurse bereits am Sonntag, den 8. Oktober. Nähere Auskunft erteilt der Direktor der Schule, Herr Professor Gärtler, Nachstr. 49.

Ueber den Stand der Museums-Neubauten am Kupfergraben berichtet die „D. Bauztg.“, daß das Pergamon-Museum im Wesentlichen vollendet ist. Ueber den Gipfel des Hauptportals an der Spree sieht man reich durchbrochene mit Figuren geschmückte Arkaden, die den Originalen vom Trojaeum und vom Theater in Pergamon nachgebildet sind. Im Innern werden die ersten großen Platten des Pergamenischen Frieses im Zusammenhang aufgestellt, eine schwierige, italienischen Modellleuren übertragene und auf mehrere Jahre berechnete Arbeit. In den großen, die Diensttreppen aufnehmenden Balcones des Altars wird man auf Grund neuerer Ausgrabungen vielleicht den Versuch machen, die ehemaligen, die Plattform oben abschließenden Säulenhallen wiederzugeben. Zur Zeit ist man damit beschäftigt, die Giebelwand der Etoa der Athena-Polias auszurichten, wofür die alten Bauteile dieses interessanten Wertes allen gewünschten Anhalt bieten. Die Bauausführung, bei welcher mit sehr knappen Mitteln zu rechnen war, erfolgte unter der künstlerischen Oberleitung des Herrn Bauart Professor Fritz Wolff, dessen Entwurf für die Bekronung der Museumsinsel seiner Zeit preisgekrönt wurde. — Der Bau des unumgänglichen, durch Geh- Hofbauart Ihne geleiteten Kaiser Friedrich-Museums, nördlich der Stadtbahn, ist erheblich vorwärts geschritten und läßt an der Stadtseite schon wesentliche Teile der vornehmen Front-Architektur erkennen. Der ungünstige Boden hat beträchtliche Summen beansprucht und gegenwärtig noch ist man damit beschäftigt, inmitten der zukünftigen Kuppelhalle des Eingangs an der Spitze der Insel mittels großer Senkkränze einige Hauptpfeiler künstlich zu fundieren. Im Hauptgeschoss sind die Ecken der Pfeiler bereits fertig. Die ursprünglich aufgenommene und von verschiedenen Seiten wiederholt angeregte Idee, an der Seite nach der Stadtbahn zu ebenfalls einen Eingang anzulegen, scheint nicht durchgedrungen zu sein. Die Vollendung des Museums, das rund 5 Mill. Mark kosten soll, wird noch etwa drei Jahre in Anspruch nehmen.

Die Annahmestellen-Inhaber der Berliner Paketfahrt-Aktiengesellschaft waren Montagabend in der Brauerei Moabit versammelt, um über eine Petition an den Reichstag um Entschädigung auch der Annahmestellen-Inhaber Beschluß zu fassen. Es wurde folgende Resolution empfohlen:

Falls der Reichstag die Postvorlage im Sinne der Reichspost-Annehmen beschließen sollte, bittet die Versammlung, daß die Annahme dieses Postmonopol-Gesetzes nur unter der Bedingung erfolge, daß von dem Tage an, wo dieses Gesetz in Kraft treten soll, allen bisherigen Inhabern von Annahmestellen der Privat-Postbeförderungsanstalten amtliche Verkaufsstellen von Postwertzeichen mit Gewährung einer entsprechenden Provision übertragen wurden und daß ferner von dem Tage an alle Postmonopolvereine und Postwertzeichenhändler ihren Verkauf einstellen, bezw. solche aufhören zu existieren, damit von Staats wegen auf diese Weise dem bedrängten Handel und Gewerbe treibenden Mittelstand ein Äquivalent geboten wird dafür, daß ihnen durch das Gesetz I. das Porto verteuert wird und 2. die Einnahmen durch den Verkauf der Wertzeichen entzogen werden. Diese Gegenleistung von Seiten der Reichspost an den Handel- und Gewerbebestand wäre in der That ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit.

In der lebhaften, bis nach Mitternacht währenden Diskussion wurde die Petition, obwohl der Redakteur Namens vom Centralverein der Handel- und Gewerbetreibenden und einige andere Mitglieder dieses Vereins für sie eintraten, von der Mehrzahl der Redner für zu weit gehend und in ihrer Begründung der Entschädigungsfrage mit der Aufhebung der Postmonopolvereine und Postwertzeichenhändler als schädlich bezeichnet. Das werde man niemals erreichen und es habe mit der Entschädigungsfrage der Stelleninhaber auch nichts zu thun. Der Vorstand wurde beauftragt, die Petition nur auf die Bitte um Entschädigung der Annahmestellen-Inhaber zu beschränken, ihm aber anheim gegeben, in der Begründung auch auf die Schädigungen hinzuweisen, welche den Gewerbetreibenden neben der Verteuerung des Portos auch aus der Forderung der Postmonopolvereine und der Postwertzeichenhändler erwachse. Der Vorstand wurde außerdem beauftragt, auch mit der Paketfahrt-Gesellschaft wegen einer etwaigen Entschädigung der Annahmestellen-Inhaber in Verbindung zu treten.

Der frühere Chefredacteur Freiherr v. Hammerstein soll gegenwärtig im Süden Italiens weilen. Dort hat der Sohn des Freiherrn eine kleine Besitzung.

Ueber die Schiffsmängel auf den Berliner Gewässern läßt sich die „Nat.-Ztg.“ aus und kommt dabei zu recht verständigen Schlüssen. Nachdem das Blatt die Meinung ausgesprochen, daß es mit den technischen Vorkenntnissen bestimmter Schiffsführer nicht zum besten bestellt sein müsse, schreibt es weiter: Die Behälter dieser Kanäle sind so gering bemessen, daß sich in den meisten Fällen schwierig Seelenleute von Beruf und wichtigen Kenntnissen finden werden, um den Kapitän oder Steuermann auf einem Spree- oder Havel zu spielen. Zudem liegt ein weiterer Grund darin, daß diese Stellen nur während der Sommermonate ihren Mann ernähren.

Unseres Erachtens trifft der hier den Dampfmaschinen-Gesellschaften gemachte Vorwurf auch auf die Straßenbahn zu. Die ungenügende Ausbildung und schlechte Bezahlung, die diese reiche Gesellschaft ihren Angestellten zu teil werden läßt, tritt in deren Betrieb noch viel verderblicher hervor, als auf den Berliner Dampfern. Auf dem Wasser sind Zusammenstöße trotz allem vermögensmäßig selten und die Vermeidung von Menschenleben bildet eine ganz ausnahmsweise Erscheinung. Im Betriebe der Straßenbahn sind folgenreichere Kollisionen dagegen etwas alltäglich.

Wiel belacht wird in der Gegend der Besselstraße das Mißgeschick, das ein Hauswirt an der Ecke der Bessel- und Markgrafenstraße mit seinen Gastwirtschaften gehabt hat. Auf dem Grundstück Besselstr. 13 bestand früher eine Gastwirtschait, die einermahnen ihren Namen erwarb. Da fiel es dem Hauswirt ein, auch den Eckladen, in dem ein Kaufmann zu Grunde gegangen war, der höheren Miete wegen ebenfalls an einen Gastwirt zu vergeben. Nun konnte der erste nicht mehr bestehen und blieb die Miete schuldig. Im Auftrag seiner Wirtschaiterin, die ein vollkommenes Erkenntnis wegen Vorkorderungen hatte, pfändete der Gerichtsvollzieher, und der Hauswirt ging leer aus. Seit mehr als einem Jahre steht der Laden leer. Aber auch der Wirt im Eckladen kam nicht auf seine Kosten. Der erste Mieter zog sich aus der Geschichte, indem er das Geschäft verkaufte; sein Nachfolger aber rüdte gestern morgen in früher Stunde, als der Hauswirt noch schlief. Das sind die Folgen der Konkurrenz, die der Eigentümer seinem eigenen Mieter auf den Hals geholt hatte.

Ein Todesfall während des Schulunterrichts. Ein seltsamer Todesfall beschäftigt augenblicklich die Behörden. Auf dem Hofe der 229. Gemeindeschule in der Grünthalstraße 19/20 spielten gestern in der Vormittagspause mit den anderen Kindern auch der nahezu 14 Jahre alte Sohn Max des Arbeiters Wöhler aus der Stettinerstr. 19 und der ebenso alte Sohn Karl des Drochsenkutschers Speer aus der Bülterstraße 12. Speer stieß den Wöhler wiederholt in die Rippen und die Seiten und ließ davon auch dann nicht ab, als andere Kinder ihn wiederholt aufforderten, den Knaben, der von ihm nichts wissen wollte, in Ruhe zu lassen. Nach der Beendigung der Pause suchte Wöhler die Schulkasse wieder auf, setzte sich auf die Bank und legte den Kopf auf beide Hände. So saß er da, als der Unterricht wieder begann. Der Knabe blieb durchaus teilnahmslos, hörte und achtete auf nichts, was um ihn hier vor sich ging. Dann rief man den Rektor herbei, aber auch dieser erhielt keinerlei Antwort. Nun wandte man den Knaben etwas auf die Seite und da sah man, daß er tot war. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhause überwiefen. Ob zwischen dem Stößen und dem plötzlichen Tode ein ursächlicher Zusammenhang besteht, wird erst die gerichtliche Leichenöffnung feststellen können. Beide Knaben standen kurz vor der Konfirmation.

Zur Flucht des Juwelendiebes Ernst Wunderlich wird der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt, daß der Verbrecher, obgleich sich die hiesige Kriminalpolizei erboten hatte, ihn durch einen eigenen Beamten aus Zürich abholen zu lassen, ohne Wissen der Kriminalpolizei mit einem sogenannten Sammeltransport von der Schweiz aus befördert wurde. Von der Flucht des Wunderlich erhielt die Berliner Polizei erst Nachricht durch hiesige Zeitungen. Die Geliebte des Wunderlich, die mit diesem in Zürich verhaftet wurde, ist heute in Berlin eingetroffen. Es hieß, daß der Gefangenentransporteur den Berliner Behörden auch die in Zürich mit Verhaftung belegten Juwelen überbracht habe und daß die dem Minister Grafen Eulenburg gestohlenen Wertgegenstände nahezu vollständig zur Stelle geschafft worden wären. Dem ist aber nicht so. Es sind nur etwa 40 Perlen, die dem Wunderlich schon in Hannover abgenommen worden sind, mit Verhaftung belegt und hierher gebracht worden. Der Transporteur selbst hat keine Juwelen überbracht; man erwartet diese vielmehr durch Befragung. Jedenfalls sind noch leineweis sämtliche gestohlenen Juwelen im Besitz der Behörden. Von dem entfangenen Wunderlich fehlt bis jetzt noch jede Spur, trotzdem seine Verfolgung schnell aufgenommen wurde. Die Geflohenheit, schwere Verbrecher mit sogenannten Sammeltransporten durch Gefangenentransportiere (Gefängnisbeamte) weiter zu schaffen, hat sich wieder nicht bewährt. Wunderlich, der schon verschiedene schwere Einbrüche auf dem Korbholz hat, dürfte den Behörden noch viel zu schaffen machen.

Eine Automobilfahrt hat am Montag in der Nähe von Freienwalde ein furchtbares Ende genommen. Das Ehepaar Thomas aus der Karstraße in Berlin, ein Fräulein Kriß, sowie die Witwe Dr. Heinrici unternahmen Montag unter Führung des Autors Elage von der Rotorfahrschule Schiffbauerdamm 11 eine Vergnügungstour. Bei der Rückfahrt von dem 150 Meter hohen Semmelberg bei Freienwalde verunglückte aus bisher unangeführter Ursache das Automobil. Frau Dr. Heinrici fiel so unglücklich aus dem Wagen, daß sie auf der Stelle getötet wurde. Die Wucht des Sturzes hatte ihr das Hinterhaupt gebrochen. Der Förster Schulz vom Torgelower Belauf eilte zunächst zu der Unglücksstelle und sorgte dafür, daß den übrigen Teilnehmern der Fahrt, die sämtlich bewußtlos waren, Hilfe zu teil wurde. Bei ihnen wurden Verletzungen und mehr oder weniger erhebliche Verstauchungen und Hautabwühlungen festgestellt. Der Förster brachte die Verletzten nach Freienwalde, wo sie in einem Hotel darniederliegen. Die Leiche der Frau Dr. Heinrici wurde ins Freienwalder Krankenhaus geschafft. Dem Rotorfahrer war von dem ausgefrühten Wenzin das Gesicht verbrannt worden. Die durch Amtsrichter Schmid eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Wagen an der verhängnisvollen Kurve umgekippt und infolge dessen erst in Brand geraten ist. Eine Explosion des Benzins hat überhaupt nicht stattgefunden.

Eine Verzweiflungsthat. Auf dem Bootplatz hinter den Zelten Nr. 1 mietete am Sonntagabend gegen 10 Uhr eine etwa 30 Jahre alte, anscheinend den wohlhabenden Ständen angehörige Frau, die einen etwa 4 Jahre alten Knaben bei sich führte, eine Gondel und ruderte nach der Lutherbrücke zu. Dort soll sie sich, wie Augenzeugen gesehen haben wollen, ins Wasser gestürzt haben und mit dem Knaben ertrunken sein. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Strafenspernung. Die Luchavenersstraße von der Klopstod- bis zur Kochstraße einschließlich des Kreuzdamms der letzteren wird befristet Pflasterung vom 17. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Selbstmordversuch eines Dienstmädchens. Angeblich wegen schlechter Behandlung durch die Herrschaft sprang das 21 Jahre alte Dienstmädchen Margarete S. am Angelboden in den Kanal, wurde aber sofort wieder ans Land gezogen und auf ihren Wunsch in das „Mädchenheim“ am Bahnhof „Vorfe“ gebracht.

Ein gefährliches Feuer brach Montagabend gegen 9 Uhr in dem Kolonialwarengeschäft von Dreher, Stollbuserstraße 11, aus. Durch Unvorsichtigkeit geriet beim Abfällen von Petroleum ein größerer Behälter dieser Flüssigkeit in Brand und im Ru stand der gesamte an den Verkaufsläden angrenzende Lagerraum in Flammen, so daß dem Geschäftspersonal kaum Zeit zur Flucht blieb. Glücklicherweise war die Feuerwehrt schnell zur Stelle und verhinderte durch reichliches Wassergeben eine Explosion der am Brandorte lagernden Petroleumfässer und Benzinhälter.

Der Experimentaldirektor Professor Gustav Amberg wird am 23. d. M. abends im Auditorium der Trepion Sternwarte einen Vortrag über die Wärmelehre mit besonderer Berücksichtigung der mechanischen Wärmetheorie halten. Die im Programm vorgesehene Experimente versprechen einen sehr belehrenden und genutzreichen Vortrag.

Theater. Im Lessing-Theater wird die nächste Novität, mit der wir erleben, ein Schauspiel von Hans Pörrunge „Das alte Kind“ sein. Die Erstaufführung findet bereits am kommenden Sonntag statt. In der zweiten Hälfte des September wird im Lessing-Theater Cleonore Dufe mit ihrem bekannten Ensemble ein geschäftliches Schauspiel abspielen. Das Repertoire wird für Berlin teilweise neu sein. — Die Winteraktion des Deutschen Theaters beginnt am 1. September mit einer Aufführung des „Fuhrmann Henschel“ in der alten Fassung. Am 3. September wird dann Georg Engel an der alten Stelle seiner Erfolge zum erstenmal auftreten, die Eintrittskasse ist der „König Crompton“. Derselbe Künstler wird auch wie wir hören, die Hauptrolle in einem Schauspiel von Hermann Faber „Im glücklichen Paar“ spielen, das noch in der ersten Hälfte der Saison zur Aufführung kommt. Am 18. September wird das Ehepaar Sommerdort zum erstenmal auftreten und zwar in „Cyrano von Bergerac“. Welches neue Drama Hauptmanns, der zur Zeit an mehreren Werken arbeitet, im Laufe der Winteraktion herausgebracht werden wird, ist noch nicht bestimmt. Auch Sudermann, Georg Dirichs und wie bereits mitgeteilt, dabei werden mit neuen Stücken vertreten sein. — Heute, Mittwoch, singen Adele Borghi und Benedetto Lugagnoli in der Monow-Oper im Schillertheater zum letztenmal „Carmen“ und werden Freitag gemeinschaftlich im „Tribun“ auftreten. Der Donnerstag bringt nun einstudiert „Die Jünglinge“ mit Henry Bordewy, Josephine Vettori, Janka Wajor, Otto Schröder, Louper, Hania, Carlhof etc. Die nächste populäre Vorstellung zu halben Preisen findet am Sonnabend statt: „Wilhelm Tell“, große Oper in 4 Akten von Rossini.

Orgelkonzert. Den Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Diemel in der Marienkirche am Mittwoch, den 16. August, mittags 12 Uhr, unterstützen Fräulein Hedwig Reuter, Herr Dr. Fr. Grimm, der Violinist Herr Bruno Schrammer und Herr Franz Schmidt. Der Eintritt ist frei.

Die Parteigenossen in den Vororten werden dringend er- sucht, Mitteilungen über Veränderungen der Lokalliste nicht an die Redaktion des „Vorwärts“, sondern an den Parteigenossen Karl Schulz, Berlin SO., Brangellstr. 110, part. zu adressieren, der dann das weitere veranlassen wird. Alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten, die uns direkt zugehen, überweisen wir dem genannten Mitglieder der Lokalkommission. Die Redaktion.

Die Spandauer Lokalkommission giebt bekannt, daß die Restaurateure Deubel in Bicheldorfer (Eckherstraße) und Reinfke in Spandau, Reumelsterstr. 15, kein Bicheldorfer Bier mehr ausschänken.

Der Vertrauensmann von Steglitz, Gen. Fritsch, teilt uns mit, daß der in dem vor acht Tagen unter „Groß-Lichterfelde“ veröffentlichten Aukauf genannte Expeditoren Alexei kein Gewerbe privatim ausübe und in seiner Berufsstellung mit der socialdemo- kratischen Partei in keiner Beziehung stehe.

In Varnschuloweg ist von jetzt ab das „Adermannsche“ Lokal wieder frei, dagegen sind die Lokale von „E. Schulz“ und „Vetter Rehse“ nach wie vor streng zu meiden. Die Lokalkommission.

In der bekannten Schöneberger Schulaffäre hat nunmehr der Vater des am 11. Oktober 1897 verstorbenen Schulknaben Rudolf Fischer bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin abermals den Antrag auf Strafverfolgung des Lehrers Richard gestellt, weil dieser durch die Ausübung einer Fälschung den Tod des Knaben verursacht habe. Ein gleicher Antrag war bereits am 28. Oktober 1897 gestellt, damals jedoch von der Staatsanwaltschaft abgewiesen worden mit der Begründung, daß der Knabe nach ärztlichem Gutachten an einer allgemeinen Bauchfellentzündung, verbunden mit einer Peritonitis des Blinddarmes, verstorben sei und die Ermittlungen keinen Beweis dafür ergeben hätten, daß die Todesursache mit der Fälschung in ursächlichem Zusammenhang gestanden habe. Auch die Frage, ob in der Fälschung „an und für sich“ der Tathbestand einer strafbaren Handlung zu finden gewesen sei, wurde von der Staatsanwaltschaft verneint, da in der Art der erfolgten Fälschung keine Heberhebung des Fälschungsgrades des Lehrers er- blickt wurde. Auf die gegen diesen Beschuld. bei der Ober-Staats- anwaltschaft erhobene Beschwerde wurde in ebenfalls abschließendem Bescheide jene Begründung bestätigt und namentlich abgelehnt, daß der ursächliche Zusammenhang zwischen der Fälschung und dem Tode des Knaben zu verneinen sei.

Diesen Erklärungen der Staatsanwaltschaft gegenüber ist nun in dem neu gestellten Strafantrage ausgeführt: In der mit der Angelegenheit zusammenhängenden Verleumdungsfrage Schöneberger Lehrer gegen den Redacteur Grünig und Genossen, welche vor dem Landgericht II am 27. und 28. März dieses Jahres zur Entscheidung gelangte, ist vor Gericht durch Zeugnisaussagen, schriftliches Gutachten der oberen Medizinischen Behörden und die ganze Verhandlung der Beweis erbracht worden, und es ist im Erkenntnis ausgesprochen, daß 1. der ganze Fälschungsakt, wenn nicht die un- mittelbare, so doch die mittelbare Todesursache des Knaben gewesen ist, und daß, wenn die Fälschung nicht geschehen wäre, der Knabe heute noch am Leben sein würde; 2. der Lehrer Richard überhaupt keine Veranlassung hatte, eine Fälschung vorzunehmen; und 3. der Lehrer Richard objektiv widerrechtlich gehandelt hat, indem er das zulässige Maß der Fälschung überschritt.

Zur Charakteristik des Innungswesens. Der Streik um das große Vermögen der Charlottenburger Schlichter- innung dürfte demnächst entschieden werden. Infolge günstiger Grundstücksverkäufe in Regel verfügt die Innung, wie seiner Zeit berichtet worden ist, über ein Vermögen von weit über eine Million Mark. Um nun an dem Genuß der beträchtlichen Zinsen dieses Kapitals Teil nehmen zu können, haben die der Innung nicht ange- hörigen Fleischermeister Charlottenburgs den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt. Der Magistrat hat jetzt diesen An- trag dem Minister für Handel und Gewerbe zur Genehmigung em- pfohlen. Schon im Frühjahr, als die Innung satzung- gemäß ihren Haushaltsplan dem Magistrat zur Genehmigung einreichte, wurde dieser vom Magistrat beanstandet. Die Innung hatte beabsichtigt, 20.000 M. an ihre 17 Mitglieder zu ver- teilen, 1000 M. für die Auszubildende bei der Feier des Geburts- tags des Kaisers aufzuwenden, 1000 M. für technische Zwecke, Reisen u. anzuwenden, dagegen nur 300 M. für die Fort- bildungsschule zu bewilligen. Der Magistrat stellte der Innung andern, für gemeinnützige Zwecke und gewerbliche Anstalten, für eine Kühlhausanlage, für die Fortbildungsschule, den Bau eines Innungshauses einen Teil der verfügbaren Zinsen zu verwenden, den Rest derselben aber wieder in Grundstücken anzulegen. Als die 120 Fleischermeister, die der Innung nicht angehören, die Ver- gründung einer Zwangsinnung verlangten, suchte der Magistrat anfänglich zu vermitteln. Die Mitglieder der bestehenden Innung wollten durch ein Eintrittsgeld von 500 M. „Zuzug fern halten“, worauf der Magistrat nicht eingehen wollte; dagegen stimmte er der Einführung einer Meisterprüfung zum Eintritt in die Innung bei. Die Innung nahm noch zwei Mitglieder neu auf, ließ sich aber auf weitere Zugeständnisse nicht ein.

Die Charlottenburger Stadtverordneten- Versammlung trat Montag in außerordentlicher Sitzung zusammen, um über einen Einspruch gegen die Wichtigkeit der Bäckertische vor bevorstehenden Stadtverordnetenwahl beschluß zu fassen. Der Einspruch war von einem Schlosser erhoben, der seit dem 1. Oktober v. J. in Char- lottenburg wohnt und in der Meinung, daß er, da die Bäckeln erst im November stattfinden, wahlberechtigt sei, seine Eintragung in die Liste verlangt. Die Versammlung wies nach kurzer Debatte den Einspruch als nach ihrer Meinung unbegründet zurück.

Ein Einbrecher und Revolverheld ist Montagabend in Charlottenburg vor dem Hause Gerickestr. 3 in der Person eines 25 Jahre alten aus Steintal gebürtigen Glasmachers Magnus Schwary gefangen worden. Am Sonntagabend zwischen 6 und 6 Uhr suchten Einbrecher das Komptoir der Holzhandlung von Madwig in der Cauertstr. 80/82 heim. Sie kletterten über einen Baum, brachen eine Scheibe ein, gelangten dann durch das Fenster in die Räume und machten sich an das Geldpult. Da sie dieses mit einem Stemmmeißel nicht erbrechen konnten, so zerlegten sie den Deckel mit einem Hammer. Im Kulte fanden sie nur eine Rolle mit Pfennigen im Werte von 4 M., einen Revolver und einen Dolch. Zufällig aber hatte der Antreiber Schätzle 82 M. in einer Tasche auf dem Pulte stehen lassen. Bei dem Hämmern klagen die Münzen in der Tasche und so fielen auch sie den Spitzhunden zur Deute. Auf eine eigene Art wurde einer der Täter bald ermittelt und dingfest gemacht. Am Montagabend um 8 Uhr sahen zwei Kriminalbeamte einen Menschen vor dem Hause Gerickestr. 3 mit einem Revolver hantieren. Sie erfaßten, daß es Schwarz war, der hier bis zum 10. v. M. bei einer Witwe A. gewohnt hatte, dann aber hinausgewiesen worden war. Aus Mache wollte Schwarz die Witwe, die er unter dem entschiedenen Widerspruche der Frau für seine Geliebte erklärte, erschlagen. Die Beamten entpanden ihm die Waffe und nahmen ihn fest. In dem Revolver aber er- kannten sie bei genauerer Beschäftigung den bei Madwig gestohlenen, und so erfaßten sie, daß sie zugleich einen der Einbrecher erwischt hatten, der denn auch ein Geständnis ablegte, von einem Helfers- helfer aber nichts wissen wollte.

Wilmersdorf. Wegen eines eigenen Amtsgerichts für Wilmers- dorf petitionieren vor einiger Zeit die hiesige Gemeindeverwaltung an das Abgeordnetenhaus. Gleichzeitig wurde in der Vertition ge- beten, die Heberhebung der ganzen Gemarkung Wilmersdorf an das Amtsgericht Charlottenburg zu veranlassen, falls die Errichtung eines eigenen Amtsgerichts nicht ausführbar ist. Die Regierungsvorlage wollte nämlich den Teil westlich der Kaiser-Allee nach Charlotten- burg, den östlichen dagegen nach Schöneberg verlegen. Nach den Kommissionsbeschlüssen soll nun die gesamte Gemarkung dem Amts-

gericht Charlottenburg beziehungsweise dem Landgericht III Berlin zugeteilt werden.

Die Verhaftung zweier „schwerer“ Jungen aus Berlin ist der Polizei in Eberswalde gestützt. Bei dem dortigen Gast- wirts Rimmow logierte sich am Samstagabend ein Fremder ein, welcher dem Wirt als ein gewisser Stein bekannt war, da er schon einmal unter diesem Namen bei ihm Wohnung genommen hatte. Als es aber gestern aus Bezahlen gehen sollte, mißte der Gast ein- gestehen, daß er keinen Pfennig Geld bei sich hatte. Die Polizei verhaftete den Beschuld. und fand in seinem Besitze eine ganze Sammlung von Dietrichen und sonstigem Diebes- und Ein- brecher-Handwerkzeug vor. In die Fänge getrieben, mußte der Verhaftete endlich zugestehen, daß er Ludwig Meiß heisse und in der Musikantenstraße 19 in Berlin wohne. Wie weiter ermittelt wurde, wird der Festgenommene schon seit längerer Zeit heidnisch ge- sucht, denn er hat sich bis jetzt der Verhaftung einer ihm wegen schweren Diebstahls auferlegten Strafe von längerer Dauer durch die Flucht entzogen. Kommt war Stein-Meiß abgeführt, so erlaubte sich bei dem Gastwirts ein etwa 30 Jahre alter Mann nach ihm. Dieser wurde ebenfalls verhaftet und entpuppte sich auf der Wache als Diebesgenosse des Meiß, denn auch bei ihm wurde eine Aus- wahl vorzüglicher Diebeswerkzeuge vorgefunden und mit Beschlag belegt. Beide haben sich vermutlich auf einer „Waispielreise“ befunden, hatten aber keine Gelegenheit gehabt, ihre „Kunst“ zu befrüchtigen.

Eine Belohnung von 500 Mark hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II auf die Ermittlung des Mörders der Witwe Pieltz aus Alt-Buchorst ausgesetzt. In der Belohnungmachung, die an den Berliner Ausschlagmännern zum Anschauung gelangt ist, wird von der Behörde darauf aufmerksam gemacht, daß der Mörder eine gewisse Besessene sowie einen Geldbeutel in der Art wie Probebeutel von Getreide sich angeeignet habe. Etwaige Beobachtungen, die seitens des Publikums gemacht und vielleicht zur Ermittlung des Mörders führen können, sind dem ersten Staatsanwalt des Land- gerichts II oder der Polizeibehörde in Erläuterung mitzuteilen.

Wie bereits kurz erwähnt, ist der Mörder, da die Verdachts- gründe gegen ihn hinlänglich geworden sind, aus der Untersuchung entlassen worden. Der Beerdigung der Ermordeten wohnten mehrere Kriminalbeamte bei, die die Leiche in die Gruft übertrugen, jedoch ohne Erfolg. Leider haben die bisherigen Nachforschungen, wie wir gegen- über anderen Behauptungen mitteilen können, noch nicht den geringsten Anhalt über den mutmaßlichen Täter ergeben. Die Nachforschungen sind ganz wesentlich dadurch erschwert, daß keine Leichen vorhanden sind, welche am Tage resp. in der Nacht vor dem Mord eine fremde oder verdächtige Person bemerkt haben.

Eine Fahrradsteuer beabsichtigt die Stadt Spandau ein- zuführen. Die am Donnerstag tagende Stadtverordneten-Ver- sammlung wird sich bereits mit einer entsprechenden Vorlage be- schäftigen. Wisse Jungen behaupten, daß aus den Erträgen dieser Steuer das lübelberichtigte Straßensystem von Spandau erneuert werden solle.

Eine nicht beerdigte Leiche. Auf dem Rauhfang- wald er befindet sich ein Begräbnisplatz für Leichen, welche im Wasser ausgefunden und nicht rekonstruiert worden sind. Am Sonn- abend wurde eine derartige Leiche, die schon einige Tage vorher in Schmüdivogel angekommen war, mittels eines Hundewagens von dort nach dem bezeichneten Begräbnisplatz befördert. Der Leichnam, der schon einen starken Verwesungsgeruch verströmte, war in einer einfachen, länglichen, nicht verschlossenen Kiste verpackt. Da die Ankunft der Leiche nicht gemeldet war, so könnten für deren sofortige Beerdigung nicht sogleich die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden. Die Kiste mit dem Leichnam wurde also auf dem offenen, jedermann ungehindert zugänglichen Begräbnisplatz hingesetzt, welcher sich in unmittelbarer Nähe eines viel besuchten Hofes befindet. Die zahlreichen Ausflügler, die am Sonntag in diesem Lokal weilten, wurden durch den Verwesungs- geruch, den der Wind herüberwehte, in der unangenehmsten Weise belästigt. Man forschte nach der Ursache des Gestankes, und als dieselbe bekannt wurde, räumten fast sämtliche Gäste das Lokal und zogen von dannen.

Ganz davon abgesehen, daß die Art, wie man in diesem Falle mit einer Leiche umging, den landesüblichen Anschauungen von Pietät gegen die Toten nicht entspricht, mühten derartige Vorkom- mnisse schon aus sanitären Rücksichten vermieden werden. Wenn eine bereits in Verwesung übergegangene Leiche an einem verkehrsreichen Orte unter freiem Himmel unbewacht längere Zeit stehen kann, so beweist das, daß im Amtsbezirk Schmüdivogel nicht genhendes Vorjorge für die rechtzeitige Beerdigung ausgefundenen Leichen ge- troffen ist. Wir erwarten, daß solche skandalösen Vorfälle in Zu- kunft vermieden werden.

Eine von der Berliner Kriminalpolizei gesuchte Hoch- staplerin namens Frieda Schmidt ist am Sonntag in einem Ver- anstaltungslokal zu Spandau verhaftet worden. Die sehr elegant gekleidete Person hielt sich schon seit drei Monaten unangemeldet in den westlichen Berliner Vororten auf, nachdem sie in Berlin in einem Hotel einem Herrn ca. 500 M. gestohlen hatte.

Gerichts-Beifung.

Ein häßliches Stützenbild lag der Anklage zu Grunde, die gestern den Kaufmann Richard Altmann aus Moskau vor die zweite Ferien-Strassengericht des Landgerichts I führte. Der An- geklagte, ein geborener Russe, der in Preußen naturalisiert ist, war auf einer Geschäftsreise hier angekommen und im Central-Hotel ab- gestiegen. Auf einem abendlichen Gange durch die Friedrichstraße kam er in ein Gespräch mit zwei kleinen Blumenhändlerinnen, deren älteste noch nicht 14 Jahre alt war, aber in der Art, wie sie ihre Ware anbot und in ihren Fragen und Antworten eine verblüffende Reife bewies. Bald darauf besieg der Russe eine Droßche und fuhr mit den beiden Mädchen, denen ein Knabe vergebliche Warnungen zurief, davon. Der Knabe lief der Droßche mit seltener Ausdauer nach und bemerkte, daß die drei Personen vor einem Gasthofe in der Vorstraße aus- stiegen und in das Haus gingen. Er suchte sich nun einen Schutz- mann auf, aber auch der Gasthofsbesitzer hielt es nach einiger Zeit für notwendig, nach der Polizei zu laufen, da ihm das Treiben des ausständig geliedeten Mannes, der mit den beiden Mädchen ein Zimmer verlor und erhalten hatte, unheimlich vorkam. Die Folge der polizeilichen Intervention war, daß A. sofort verhaftet und die Anklage wegen Verbrechens wider die Stillschleifung gegen ihn erhoben wurde. Nur mit Rücksicht darauf, daß an den Mädchen nicht mehr viel zu verderben war und dem Angeklagten geglaubt wurde, daß er Mochtpunkt sei, billigte ihm der Gerichtshof mildernde Umstände zu und verurteilte ihn nur zu einem Jahr Gefängnis.

Ein Muster-Hauswirt. Wegen arger Ueberschreitung der zu- lässigen Grenzen der Selbsthilfe hatten sich gestern der Hauseigen- tümer Fabrikant R e g e und sein Hausverwalter Wilhelm Meißerich vor der 7. Ferien-Strassengericht des Landgerichts I zu verantworten. Als der im Hause des ersten Angeklagten wohnende Rellner V. eines Abends nach Hause kam, fand er seine Wohnung in einem höchst un- gemächlichen Zustande vor: die Thüren und die Fenster waren aus- gehoben, so daß der Wind unbehindert durch die Hallen strich und in der Küche hatte sich ein Maler installiert, der die Decke wechste. Der entgegen Mieter hörte von seiner mit ihm zusammen wohnenden Frau, daß im Laufe des Tages der Hauswirt mit seinem Verwalter in die offen stehende Wohnung gedungen sei und die Mieterin gefragt habe, wann er denn endlich die Zahlung der rückständigen Miete er- warten könne. Auf die Antwort, daß es augenblicklich noch an dem nötigen Gelde fehle, hat dann der Hauswirt den Befehl zum Ausheben der Fenster und Thüren gegeben, dieser Befehl wurde sofort ausgeführt und so saßen denn die Mieter in unbeherrschbaren Räumen. Sie halfen sich die erste Nacht damit durch, daß sie Fenster und Thüren mit Tüchern verküngen, da aber alle Klammationen bei dem Hauswirte nichts halfen, dieser vielmehr androhte, die in

der Wohnung stehenden Möbel auf die Straße stellen zu wollen, mußte der Mieter in der Rellner-Kontrolle ein Unterkommen suchen und dort auf einem Sofa eine Woche hindurch nächtigen, während seine Frau nach außerhalb ging. Beide Angeklagte behaupteten, daß es ihnen nur darum zu thun gewesen sei, genügend friische Luft in die über stehende Wohnung zu lassen, sie hätten damit aber kein Glück beim Gerichtshofe. Beide wurden wegen versuchter Mordtötung und zwar R e g e zu 100 M. event. 20 Tagen Gefängnis, Meißerich zu 20 M. event. 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

In Sachen des Grafen Glosstein und Genossen hat der Verteidiger des Stallmeisters Dietel, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn für seinen Klienten Dietel das Wiedererwerbungs-Verfahren gegen das verurteilende Erkenntnis beantragt. Es haben sich nämlich nachträg- lich mehrere einwandfreie Zeugen gemeldet, welche bekunden wollen, daß der Zeuge Schlächtermeister Lochstedt seiner Zeit selbst erklärt hat, daß das vielbesprochene Wagensgeschäft (es handelte sich bekanntlich um ein bares Darlehen an den Grafen G. gegen Hinterlage von 4 Wagen, die erwiesenermaßen in dem Besitze des Stallmeisters Dietel waren) kein Kaufgeschäft, sondern ein Darlehensgeschäft war. Lochstedt hat das geliehene Kapital nebst Zinsen zurückgehalten. Sollte dem An- trage des Verteidigers stattgegeben werden, so dürfte sich auch die Lage für den edlen Grafen Glosstein vielleicht günstiger gestalten.

„Das grüne, das so ausgehünten, Du giebst mir nicht das grüne an!“ Da sie ungemein mager war, so war es wohl weniger die Hitze als die Aufregung, die ihr den Schweiß wie saft stehende Perlen über das edle Gesicht rieseln ließ. Es war die 48jährige Marie P., unverheiratet und unbestraft, die auf der Anklagebank saß, weil sie ihre 18jährige Nichte, Marie P., in grober Weise gemißhandelt haben sollte. Der Vorsitzende des Schöffengerichts ermahnte sie, einfach die Wahrheit zu gestehen, wenn sie sich etwa durch ihr heftiges Temperament zu einer unüberlegten Handlung habe hinreißen lassen. — Angel: Wenn ich doch nicht verheiratet bin, so wech ich doch, was ich für'n junges Mädchen passen thut an was nicht, ich kann die alle weibliche Mädeln, wo die Mädchen auf der Welt sitzen wie'n Mann, nu mal aus der innersten Seele nich leiden. Aus drei Häuser bin ich schon ausgezogen, weil da Madlerinnen wohnen; um wenn ich mal an die Luft müßte, denn habe ich die abelstentischen Leiden ausgeht. Aber die Sorte kommt ja leberal hin. Ist werde aus Berlin ausziehen. — Bor.: Nun gut, Sie können die Madlerinnen nicht leiden, das sind Un- sichten, ich sehe aber nicht ein, was das mit der vorliegenden Sache zu thun hat. — Angel: Davon ist die ganze Geschichte ja hergekommen. So jezt offen run, fragte mein Bruder, der in Reußbad ver- heiratet ist, bei mir an, ob ich nich seine ältliche Tochter Marie uf ein halbes Jahr zu mir nehmen wollte, sie sollte hier etwas Bildung lernen. Ist sollte ihr aber ein bißchen kurz in'n Bügel halten, indem sie Reijung hätte, über die Stünge zu schlagen. Ist (lachte ihm reintr, sie sollte man kommen, bei mir sollte sie et jut haben. Sie kommt denn doch um id hole ihr von'n Stettiner Bahn- hof ab. Soweit ein ganz nettes Mädchen. Aber id denke, id soll uf'n Rücken fallen, als der Gepädbräjer mit'n hohen Koffler um een Mad antaumt. Marie? frage id: Du raib elst! — Jawohl liebe Tante, antwohret sie mir, um Du wilst Dir freuen, wenn id man so durch die Strassen flige. — Nu — sage id denn janz droden, det werde id wohl nich zu sehen kriegen, denn solange Du bei mir bist, wird nich geradelt. Von Frauensimmer, wat uf'n Mad silt, kommt mir vor, als wenn sie mit den eenen Been det Anstands- jensch un mit den andern det Ehrjeschle in 'Jand un Boden tritt. Ist duude aber doch, det die Unstüchtlichkeitsmaschine oben uf die Droßche uffeladen wird. Als wir vor unserm Ganje halten, sage id zu ihr, sie soll man noch een paar Minuten warten. Ist ein bei den Kooßmann, der unten wohnt, un frage ihn, ob er nich een weibliche Fahrrad in seiner Remise unterbringen könnte. Jawohl, det könnte er. Ist lasse denn det Mad in die Remise bringen, denn in meine Wohnung wollte id et nich haben. So, mein Mädchen, sage id, als wir oben sind, nu händje mir mal Deine ganz kurzweilige Madlerbedache aus. Haste dielecht ooch Pumphosen? — Ra, die hatte sie nu zum Pflid nich, mir kurze Röde um lange Schürstiefeln un bunte Strümpe. Ist nehme alle diese unmoralischen Kleidungsstücke über den Arm, ver- schliche sie in meine Kammer un stede den Schlüssel in die Tasche. So, sage id, wenn Du nach Reußbad zurückest, denn kriegst Du alles wieder. In det ersten Zeit weenie sie häufig, dann gab sich det aber un sie wurde recht freunlich un vergnügt. Ist lieh ihr nach- mittags een paar Stunden Zeit zum Wegjehn, denn sie hatte hier noch mehrere Familienbekanntschaften, wo sie ooch jezt sehen wurde, denn sie wurde häufig unten beim Kooßmann an't Telephon jehen. Sie kam denn immer zurück mit det Bescheld, det sie bei Bekannten einladen wäre. Eines Tages jeschah det ooch wieder un sie bat mich, ob sie nich bis 11 Uhr fortbleiben wunte, da wäre eenere jöhre Jefeleschaft. Ist hatte nichst bajeien, denn et waren ordentliche Leute, die sie einladen hatten. Als sie det Abends fort- jehen un mir Adien sagen wilst, siehe id sie an un kriege eenen Schred. Wat? sage id — schämst Du Dir janz nicht, mit det jenne Kleed wilste in Jefeleschaft jehn? — Warum jehst Du nich lieber jleich barfuß bis an den Hals? Eofort jiehst Du een anderet Kleed an! Sie jing denn ooch wieder in ihre Kammer und als sie dann fortjng hatte sie 'n Rejennmantel an. Ist nahm an, det sie een anderet Kleed angezogen hatte. So nach 'ner Stunde kriege id doch allerlei Bedenken. Ist sehe ihren Kleiderkranz nach, wo mein Schlüssel zufällig ooch zu pahte — det jenne Kleed war nich da. Nu jing mir 'n Nicht uf! Ist jehie mir an un jehie hin zu die Kammer, wo sie einladen sind sollte. Doch nich een Fenster war erleuchtet. Det war also jasse jerevien. Ist jehie wieder nach Kaufe un vertiede mir hinter die Handjühr. Jehen 11 Uhr kommen zwee per Mad an, een junger Mann un — denken Sie bloh — meine schöne Nichte. Sie hat det jenne Kleed an, hat aber die Schultern aber een Tuch. Als sie unterjpringt, jiehst ihr der Weijerter een Paket, sie nimmt ihren Rejennmantel heraus, hängt ihn um un lacht, wobei sie sagt: „Nu steht mir keener die Madlerin an“. Det junge Mann fragt nach beforzt: „Wird Ihre Tante ooch nichst merken? Ach wat, sagt sie, wie soll ich es anders machen, wenn ich mal radelt wilst, die alle Schraube ist ja wunderlich.“ Un denn bittet sie ihn noch, det er ihr Mad, wat sie jehelien hatte, wieder zurückergeben soll, sagt ihm jute Nacht — in allen Ehren, det wilst id zujeben — und machet denn die Kammer offen. Ist trete so'n bißchen zurüd, det sie mir nich sehen kom un als sie dann die Thür wieder zusehloß hat, da hab id ihr denn begrüht.

Bor.: Das war ja eine lange Geschichte. Haben Sie ihr gegen 10 Ohrfeigen gegeben? — Angel: Jesehlt habe id sie nich. — Bor.: Ist das junge Mädchen am folgenden Tage zum Arzt gegangen? — Angel: Ree, det Doktor ist zu ihr jekommen, aber er kam ooch per Mad, so'n Mann ist in meinen Dogen nich janzwüdtig. — Bor.: Ist Ihre Nichte noch bei Ihnen? — Angel: J behauere, sie ist längst wieder in Reußbad. — Bor.: Ihr eigener Bruder ist aber Ihre Handlungsweweise so empört, daß er gegen Sie Strafantrag gestellt hat. — Angel: Wie id man jehört habe, soll er ooch radeln, id mag nichst mehr von ihm wissen.

Die Madlerin soll 15 M. Strafe zahlen.

Verksammlungen.

Eine Versammlung der Schmiede, die am 12. August tagte, beschloß für die Wahl zum Gefellenwandschlag der am 15. d. Mts. ins Leben tretenden Zwangsinnung ihres Gewerbes eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Bestimmt wurden hierzu: Andreä, Albrecht, Wisskoff, Gull, Jwan, Lange, Nostik, Liebelt, Michaelis, Wöde, Strubelt, Zimmermann, Wittmann, Wösch, Weiner. Die Ver- sammlung kritisierte sodann das Verhalten des Herbergswirtes Blum, Paulsdorferstr. 9. Wie berichtet wurde, hat Herr Blum sich er- boten, während des Streiks der Schmiede in Charlottenburg Streik- brecher anzuwerben. Es wurde einstimmig eine Resolution

angenommen, die dieses Verhalten des Herrn Blum... und verpflichteten sich die Anwesenden, bei diesem Wirt, der sich als ein Feind und Gegner ihrer Bestrebungen erweisen hat, in Zukunft nicht mehr zu verkehren...

In Nüdersdorf fand am Sonntag eine gut besuchte Versammlung der Bau-, Erd- und verwandten Hilfsarbeiter statt. Nach einem Vortrage des Herrn G. Wagner erklärten 30 Mann ihren Beitritt zum Centralverbande und bildeten sofort eine Filiale.

Schöneberg. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr findet bei Hof, Generalstr. 110, die Generalversammlung des Vereins zur Genossenschaftsgründung statt.

Vermischtes.

Kaiser Wilhelm II. hat sich, als er dieser Tage bei Krupp in Essen zum Besuch war, von einem Männergesangsverein wieder vorgetragen lassen. Gesungen wurden u. a.: „Der Choral von Leutgen“ und „Die Toten des Jits“.

In Wismar wurde der vom Felde heimkehrende Bauer Klauke vom Hitz erschlagen. Seine beiden neben ihm gehenden Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren wurden schwer geküßt.

Typhus in Delitzsch. Eine ansteckende Darmkrankheit ist unter den Jünglingen der Delitzscher Präparandenanstalt infolge des Genusses schlechten Trinkwassers und unreinen Obdies ausgebrochen.

Keine Nachricht von André. Aus Kromsch wird berichtet: Das Fregatenschiff „Cecilia“, Kapitän Köhne, ist von Ost-Grönland hier eingetroffen. Der Kapitän berichtet, er habe an der Sabine Insel bei Ost-Grönland 76 Grad Nord Br., die Kathorische Expedition angetroffen.

Ein Mordvergehen dürfte seinem Urheber in Peine (Hammer) teuer zu stehen kommen. Ein Unbekannter hat dort des Rechts die zu Ehren des Fürsten Bismarck auf dem Spielplatz am Herzberge gepflanzte Eiche zerstört.

Der Direktor Jette und der Kassierer Hoffmann vom Spar- und Vorsparverein zu Rahlitz, E. G. m. b. H., sind unter Hinterlassung nicht unbedeutender Kassenscheine verhaftet.

Altpreussisches Gräberfeld. Aus Eddorren am Spirdingsee (Ostpr.) schreibt man: Vor ungefähr zehn Jahren wurde in der

hiesigen Gegend von Herrn Professor Bajal ein ausgedehntes Gräberfeld entdeckt, welches aus der Zeit von 200 n. Chr. stammt. Es wurden damals verschiedene Urnen mit allerlei Schmuckstücken und Kriegsgewehren gefunden, doch wurden die weiteren Nachgrabungen durch den inzwischen erfolgten Tod des genannten Professors für längere Zeit unterbrochen.

Aus Ostpreußen wird gemeldet: Im Nohlschacht der Staatsbahn-Gesellschaft bei Wehadia wütet ein großer Grubenbrand. Der Betrieb mußte teilweise eingestellt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 47. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Moralischer Jernstein“ von H. Schmitt und die „Hoffnung“ von S. Guntter.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die Nr. 17 des 9. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: „Anruf des Parteivorstandes“ von H. Schmitt.

Witterungsübersicht vom 15. August 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Wind, Witterung. Rows include Soltau, Hamburg, Berlin, Weichen, Rahlitz, and Wien.

Wetter-Propaganda für Mittwoch, den 16. August 1899. Sehr warm, viel Wind, schwache Wolke bei schwacher Luftbewegung; Gewitter nicht ausgeschlossen.

Marktpreise von Berlin am 14. August 1899

Table with 4 columns: Ware, Preis, Einheit, Anmerkungen. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Nationalenstelle - und umgerechnet vom Vollausschnitt für den Doppel-Centner.

Probantenmarkt vom 15. August. Die dauernd festere Tendenzberichte aus New York und Chicago üben eine stabilisierende Wirkung aus, doch war bei fortgesetztem Angebot aus dem Ausland, welches infolge mangelnder Unternehmungslust keine Aufnahme findet, das Geschäft an sich wieder zu minimaler Natur, das die Preisbewegungen keinen großen Umfang annehmen konnten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten. Wörther Platz. Nennung ihres Namens ist notwendig; Discretion selbstverständlich.

Briefkasten der Expedition.

Dienstag, pro Monat 2 M., pro Woche 50 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Friedrich-Wilhelm-Theater, Opern-Theater, Apollo-Theater, etc. Listings for various plays and performances.

Urania. Das Land der Fjorde. Tagl. Sternwarte. Advertisement for a play and observatory.

Passage-Panopticon. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Advertisement for a show.

Prater-Theater. Täglich: Dorns Resl. Advertisement for a play.

R. Ballschmieders. „Kastanienwäldchen“. Advertisement for a play.

Victoria-Brauerei. Täglich. Advertisement for beer.

Prater-Theater. Täglich: Dorns Resl. Advertisement for a play.

R. Ballschmieders. „Kastanienwäldchen“. Advertisement for a play.

Victoria-Brauerei. Täglich. Advertisement for beer.

W. Noacks Theater. Täglich: Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Advertisement for a play.

Die Lindenwirtin. Liederspiel in 1 Akt. Advertisement for a play.

H. Grupes Tanz-Institut. Annonstr. 16. Advertisement for a dance school.

Möbel. und Polsterwaren. Advertisement for furniture.

Vaudeville-Theater. Täglich: Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Advertisement for a play.

Ostbahn-Park. Hermann Imbs. Advertisement for a play.

Schweizer-Garten. Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Advertisement for a play.

Großes Familien- und Kinderfest. Auftreten des neuen Künstler-Ensembles. Advertisement for a festival.

Max Kliems Sommer-Theater. Täglich: Großes Garten-Konzert. Advertisement for a play.

Neue Welt. 5. Großes Ernte-Fest. Advertisement for a festival.

Möbel. und Polsterwaren. Advertisement for furniture.

Charlottenburg!

Socialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

Mitglieder-Versammlung in der 'Gambirius-Brauerei', Wallstraße 94.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Auf was wir stolz sind.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Donnerstag, den 17. August 1899.

Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubell über: Die Umänderung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes.

Achtung, Kabinenputzer! Mittwoch, den 16. August er., abends 8 Uhr. Lindenstraße 106.

Achtung, Steinarbeiter! Mittwoch, den 16. August, abends 7 Uhr, im Englischen Garten.

Achtung, Klempner! Mittwoch, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr. Deffentliche Versammlung der Klempner in Cohus Festsälen.

Die Rechte und Pflichten des Mieters nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Kommentar zum Mietrecht von Rich. Lipinski.

Heute Mittwoch, den 16. August, beginnt der

Gänzliche Ausverkauf

Saison-Neuheiten in Wolle, Seide und Waschstoffen zu enorm billigen Preisen.

S. Weissenberg, Berlin O., 125 Gr. Frankfurterstraße 125

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe. Gde. Koppenstraße.

Haus Kayser. Görliger Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Dr. med. Schaper. homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden.

Dr. Simmel. Moritzplatz. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.

Maler und die im Malerbetrieb beschäftigten Arbeiter. Am Donnerstag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr.

Central-Krankentafel der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands 'Hoffnung'. Sonnabend, den 19. August er.

Schnegelsbergs Festsäle. Hasenheide No. 21 - Jahnstraße No. 8.

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste ist Dr. Thompson's Seifenpapier. Includes an illustration of a hand holding a bar of soap.

Todes-Anzeige. Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Unser Kamerad, der Zimmerer Herr Heinrich Menzel.

Ernst August Haase aus Neudorf im Alter von 54 Jahren.

Nachruf. Am Sonntagabend entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser Ehrenmitglied, der Maschinenmeister Herr Ernst Kunst.

Spandau. Pichelsdorferstr. 39. Wehes Restaurant. Arbeiter-Berechtes Lokal mit Saal und Garten.

Teilzahlung monatlich 10 M. Herrogardstraße n. Raß, Tomporowaki, Schneidmstr.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben. Große Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc.

Möbel auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Flur.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Wort fett. Wort mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe. Betten, Schlafdecken, Steppdecken, Portieren, Kleiderstoffe, Regulatorien, Remonistuben, Spinnspinn, Wandlitz, Reanderstraße 6.

Vermischte Anzeigen. Elektr. Berliner Elektrotechnikum, Prinzenstraße 55. Am 16. August, abends 8 Uhr, beginnt ein neuer Abendkursus.

Verkaufe. Damen-Fahrrad, Herren-Fahrrad, elegante Maschinen, Handweber, Kammern, Nähmaschinen, Kleiderstoffe, Regulatorien, Remonistuben, Spinnspinn, Wandlitz, Reanderstraße 6.

Vermietungen. Mietsgesuche. Tischler sucht einfach möbliertes kleines Zimmer, separat, Nordosten.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Vermietungen. Mietsgesuche. Tischler sucht einfach möbliertes kleines Zimmer, separat, Nordosten.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Vermietungen. Mietsgesuche. Tischler sucht einfach möbliertes kleines Zimmer, separat, Nordosten.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Vermietungen. Mietsgesuche. Tischler sucht einfach möbliertes kleines Zimmer, separat, Nordosten.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. 3,50 Feuerversicherung Baugewerkschaft.

Annahme-Stellen für 'Kleine Anzeigen'. Ost: Robert Wenzels, Fruchtstr. 30, D.

Achtbare Herren, welche den Verkauf eines leicht abzusetzenden Artikels gegen hohe Provision übernehmen wollen.

Achtung! Tischler! In der Möbelfabrik von Fiegel, Wasserhorst, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.